

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,40 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Welt', 'Frauenstimme', 'Der Kindesfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Zukunft' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 14. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Britische Dokumente verschwunden.

Sie werden bei den Russen gesucht! - Die Polizei bricht die Safes auf. Russischer Protest bei Chamberlain.

London, 13. Mai. (WTB.) Die Erlaubnis zu der Durchsuchung der Bureaus der Arcos ist, wie verlautet, vom Polizeirichter auf Grund des Abschnitts 9 der Akte von 1911 über Amtsgeheimnisse erteilt worden.

Die Polizei bricht die Safes auf.

London, 13. Mai. (Reuter.) Da die Angestellten der Arcos nach wie vor die Schlüssel zu den Safes verweigern, hat die Polizei einen für die Zerstörung bewaffneten Betons geeigneten Apparat sowie ein Knallgasgebläse, Hebelstangen und Spitzhaken herbeischaffen lassen.

Russischer Protest.

London, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht von der Auffindung großer Mengen von Gewehren bewahrheitete sich nur insofern, als es sich um Jagdgewehre handelt.

Der Anlaß zu der ganzen Aktion soll darin liegen, daß sich nach Informationen der Polizei

britische Staatsdokumente von größter Wichtigkeit im Besitze der Londoner Sowjetbehörden befinden und im Sowjethaufe aufbewahrt werden.

bereits zwei Tage vorher von dem geplanten Vorgehen der Polizei gewußt hat, so ist es im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß der Polizei irgendwelche sensationellen Dokumente in die Hände fallen.

Am Freitag vormittag hat der Geschäftsträger der russischen Botschaft mit Außenminister Chamberlain eine halbstündige Unterredung gehabt und eine Protestnote überreicht, die eingangs darauf hinweist, daß die Räume der sowjetrussischen Gesellschaft Arcos und der Handelsdelegation von bewaffneter Polizei besetzt worden sind.

offene Verletzung der Vertragsbestimmungen

darstellt. Die Note fährt dann fort:

Ich muß außerdem darauf verweisen, daß während der Besetzung die elementarsten Grundlagen und Forderungen gewöhnlichen Anstandes verletzt worden sind. Die Durchsuchung begann, ohne daß eine polizeiliche Vollmacht überreicht wurde.

Abschließend stellt der Geschäftsträger fest, daß er inzwischen seine Regierung von dem Vorfall benachrichtigt habe. Er halte es jedoch schon für seine Pflicht, gegen diese Verletzung der durch Großbritannien mit der Unterzeichnung des Handelsabkommens von 1921 übernommenen Verpflichtungen zu protestieren.

Ueber den Tag hinaus!

Wir und die Zentrumsarbeiter.

Von Wilhelm Sollmann.

Der rheinische Parteitag des Zentrums, der vor kurzem in Köln versammelt war, kommt in seiner Bedeutung Reichstagen anderer Parteien gleich. Ist doch das Rheinland nicht nur die organisatorische und geistige Hochburg der Partei, sondern auch das Gebiet, auf dem die schroffsten Klassengegenätze und somit die stärksten sozialen Spannungen innerhalb des Zentrums vorhanden sind.

Meisterhafte Regie der Zentrumsparlei, deren politische Führung immer wieder des Studiums wert ist, hat unter dem Schein öffentlicher Aussprache entscheidende Fragen nicht nur der eigenen Entwicklung, sondern des deutschen Parteiwesens überhaupt kaum berührt.

Die auf dem Parteitag abgeblendeten 'Blitzlichter' erscheinen aber als Wetterleuchten am Horizont der Zentrumsparlei wieder. Offizielle Zentrumszeitungen so in Essen und Rülheim, erheben anmaßend und ausgeregt Einspruch dagegen, daß die katholischen Arbeiter sich ein eigenes politisches Tageblatt geschaffen haben.

Immerhin: Die katholischen Arbeiter sind nicht mehr zur Ruhe zu bringen. Es wird Zeit, daß diejenigen unternehmen, die da immer noch meinen, die katholische Kirche wolle die proletarische Klasse mit Versprechungen auf das Jenseits abfertigen.

Man braucht sich nicht gerade einer so plastischen Ausdrucksweise zu bedienen, wie eine Gruppe gläubiger Arbeiter-

Der Zusammenbruch der Börse.

Ein „schwarzer Freitag“. - Schwere Erschütterung des Kapitalmarktes.

Für die deutschen Börsen und ihr Publikum wird der gestrige schwarze Freitag, der dazu noch auf den 13. fiel und den abergläubischen Börsianern wieder Anlaß zum Nachdenken geben wird, als historischer Tag im Gedächtnis bleiben.

Auch die Banken intervenierten nicht, sondern traten selbst als Verkäufer auf. Die Großbankwerte gingen ebenfalls scharf zurück. Wie in Berlin, so war es auf den Börsen der Provinz. Von einer Erholung war auch am Schluß der Börse keine Rede.

Der Kurseinbruch an der Berliner Börse hat sich auch in der Provinz fortgesetzt. Die Panikstimmung ist allgemein. Um ihr entgegenzuwirken, veröffentlichen die Berliner Privatbankfirmen eine Beruhigungserklärung, die darauf verweist, daß die Einschränkung der Spekulationskredite allmählich erfolgen soll.

Trotzdem ist die Katastrophe eine schwere Erschütterung des deutschen Kapitalmarktes, deren Wirkungen sich

natürlich erst zeigen müssen. Richtig ist fraglos, daß an der Börse ohne Rücksicht auf die Verzinsung der Aktienpapiere draußlos spekuliert wurde unter Duldung oder gar Förderung derjenigen Banken, die jetzt ihren Schuldnern den Kreditkorb höher hängen.

So näherte sich die Katastrophe, als infolge der falschen Kapitalverwendung auf der einen, des wachsenden Kapitalbedarfs der Industrie auf der anderen Seite und schließlich infolge der Anspannung am internationalen Kreditmarkt die Ueberbewertung der Börsenkredite offenkundig werden mußte.

Ob der Weg der richtige war, das muß die Zukunft zeigen. Tatsache ist jedoch, daß Reichsbank und Reichsregierung ohne Befragen der zuständigen Stelle, des preußischen Handelsministeriums, vorgegangen sind. Dieses Ministerium führt die Staatsaufsicht über die Börse. Regierung, Reichsbankpräsident und Privatbanken tragen also die volle Verantwortung für die Konsequenzen, die sich aus der Börsenkatastrophe ergeben.

Prügelei im Reichstag.

Kommunisten untereinander!

Im Reichstag kam es gestern zu einer Prügelei zwischen kommunistischen Abgeordneten verschiedener Richtung. Es war der linkskommunistische Abg. Schlagewerth, der gegen den offiziell-kommunistischen Abg. Pfeiffer tätlich vorging. Ueber den Vorgang, der im Reichstag viel besprochen und kommentiert wurde, wird uns berichtet:

Als gestern gegen 4 Uhr nachmittags der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pfeiffer im Begriffe war, durch den linken Seitengang den Sitzungsaal des Reichstags zu betreten, stürzte sich L. linkskommunistische Abgeordnete Schlagewerth unter Rufen wie „Du Lump!“, „Du Hund!“, „Du Nationalsozialist!“ auf ihn, schlug auf ihn ein, packte ihn an der Brust und schüttelte ihn hin und her. Pfeiffer, der Schlagewerth an Kräften weit unterlegen ist, konnte keine nennenswerte Gegenwehr leisten. Auf energisches Zutritt sozialdemokratischer Abgeordneter hin ließ Schlagewerth von seinem Opfer ab und die skandalöse Szene fand damit ihr Ende.

Der Vorfall im Reichstag hat eine Vorgeschichte. Der Angriff Schlagewerths auf Pfeiffer war nach linkskommunistischer Darstellung nur die Antwort auf noch üblere Dinge, die sich außerhalb des Reichstags abgespielt haben. Danach sind die Berliner Kommunisten dazu übergegangen, die Opposition in der kommunistischen Bewegung im weitesten Sinne des Wortes systematisch niederzuprügelein. Am letzten Dienstag hatten sich in einem Lokal Ecke Linden- und Hollmannstraße etwa zehn Oppositionelle, unter ihnen der Reichstagsabgeordnete Dr. Korsch, zu einer Besprechung zusammengefunden. Als sie völlig arglos das Lokal verließen, wurden sie plötzlich von einer vier- bis fünfsachen Uebermacht überfallen und mit Gummiknütteln unermenschlich verprügelt. Einer der überfallenen Arbeiter soll dabei einen Schädelbruch erlitten haben.

Die Linkskommunisten machen für diesen Ueberfall den Reichstagsabgeordneten Pfeiffer verantwortlich, der zugleich der Leiter der Berliner kommunistischen Organisation ist. Pfeiffer soll in einer Versammlung die Parole ausgegeben haben, die aus der offiziellen Partei ausgeschiedenen Reichstagsabgeordneten müßten so lange geprügelt werden, bis sie ihre Mandate niederlegten. Eigentlich Leiter des Ueberfalls in der Lindenstraße soll jedoch nicht Pfeiffer, sondern ein russischer Staatsangehöriger und Angestellter der Handelsvertretung namens Kirschbaum gewesen sein. Kirschbaum kommandiert nämlich den im sogenannten „Nachrichtenbureau“ organisierten Stab der „Turfestener“, die die wirkliche Leitung in den Händen haben. Als Leiter dieses innerpolitischen Spionagebureaus soll Kirschbaum von der Korsch-Versammlung Wind bekommen haben. Er sammelte nun seine Leute, machte sie zunächst betrunken und trieb sie dann zum Gummiknüttelangriff auf die nichtrechnenden Linkskommunisten vor.

Ueber diesen Vorgang herrscht bei den Linken um so stärkere Entrüstung, als man mit weiteren Angriffen des „Nachrichtenbureaus“ rechnet. Die Attacke Schlagewerths auf Pfeiffer war danach ein Akt der Gegenwehr.

Soweit der uns zugewandene Bericht. Die Tatsachen sprechen für sich selbst. Kommunistische Führer prügelein sich untereinander, und Sozialdemokraten müssen zwischen ihnen Frieden stiften. Das sind die Leute, die ausjagen, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, müsse man erst — die Sozialdemokratie vernichten, und die ihr ganzes Herdorn danach einrichten. Jetzt packen sie einander gegenseitig an der Kehle. Man möchte ein Gefächter anschlagen, überwäge nicht das Gefühl der Scham darüber, daß solche Leute als „Arbeitervertreter“ gewählt werden konnten, und das Gefühl des Mitleids mit den irreführten Arbeitern, die solche Leute zu ihren Vertretern wählten.

Polizei und Demonstrationsfreiheit.

Eine Erklärung des Genossen Orszekowski.

Zur Ergänzung seiner Ausführungen im Preussischen Landtag über das Thema „Polizei und politische Demonstrationen“ äußert sich der preussische Minister des Innern in einer Zuschrift an den Soz. Pressedienst wie folgt:

„Ich habe darauf hingewiesen, daß der polizeiliche Schutz großer Demonstrationen unter freiem Himmel — von allem anderen abgesehen — dem Staate, also der Allgemeinheit, beträchtliche Kosten verursacht. Dazu kommt die an solchen Tagen leider unumgänglich notwendige, überaus starke und auf die Dauer nicht tragbare Arbeitsbelastung der gesamten Polizeibeamtenschaft. So wie bisher geht es also nicht weiter!

Nun bin ich weit entfernt davon, das im Artikel 123 Absatz 1 der Weimarer Verfassung niedergelegte Recht des Staatsbürgers auf Versammlungs- und Umzugsfreiheit anzusehen oder beschränken zu wollen. Aber der Sinn dieses Artikels der Weimarer Verfassung wird in das Gegenteil verkehrt, wenn Demonstrationen und Willenskundgebungen irgendwelcher Volksteile ohne Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nur unter dem Schutze absperrter, dichter Polizeizeiten vor sich gehen können. Die Bundesleitung des „Stahlhelms“ gibt die Zahl der Teilnehmer an ihren Versammlungen am 7. und 8. Mai in Berlin mit 120.000 an. Unterstellen wir einmal diese Zahl als richtig und ziehen dabei in Betracht, daß zum Schutz dieser Veranstaltung 12.000 Polizeibeamte drei Tage in höchster Bereitschaft und im Dienst waren, so ergibt sich, daß auf zehn Angehörige des Stahlhelms ein Schutzpolizeibeamter kam. Wehnlich verhält es sich bei Demonstrationen fast aller politischen Gruppen. Kann bei einem solchen Zahlenverhältnis überhaupt noch von einer eindrucksvollen Demonstration gesprochen werden? Der gewollte Eindruck jeder Demonstration auf die andere Bevölkerung muß doch durch eine derartig starke polizeiliche Ueberwachung von vornherein zunichte gemacht werden!

Diesen unerfreulichen Zustand zu ändern, sehe ich nur zwei Möglichkeiten: Entweder die großen Parteien und Verbände kommen unter sich dahin überein, daß sie derartig sinnlose, ohne besonderen Anlaß vor sich gehende Zusammenziehungen und Umzüge ihrer Anhänger unterlassen.

Oder aber alle Parteien und Organisationen verstehen es, ihre Anhänger so zu erziehen und zu disziplinieren, daß die Achtung vor der Ueberzeugung Andersdenkender zu den ersten und selbstverständlichen Pflichten gehört.

Dann werden selbst bei Massenveranstaltungen größten Stiles Ausschreitungen unmöglich sein. Nur diese beiden Wege scheinen mir eines politisch reifen Volkes würdig zu sein. Eine Ausübung verfassungsmäßiger Rechte, die nur durch starken Polizeischutz gewährleistet werden kann, hat jeden Sinn verloren.“

Die Verteuerung der Postgebühren.

Brief-, Paket-, Geldverkehr- und Telegrammgebühren werden erhöht.

Die Reichspost veröffentlicht nunmehr genauere Mitteilungen über die geplante Erhöhung der Postgebühren. Auch diesmal legt sie zur Begründung beiliegend, daß die Post mit der allgemeinen Verteuerung Schritt halten müsse. Deshalb werden folgende Erhöhungen der Post vorgeschlagen:

Die Gebühr soll betragen:
für den Ortsbrief bis 20 g. 10 Pf. (bisher 5 Pf.)
für den Fernbrief bis 20 g. 15 Pf. (bisher 10 Pf.)
für Postkarten im Ortsverkehr 5 Pf. (bisher 3 Pf.)
für Postkarten im Fernverkehr 10 Pf. (bisher 5 Pf.)

Bei Drucksachen bis 50 Gramm soll die Unterscheidung zwischen Voll- und Teildrucksachen fallen und die Gebühr, die für Teildrucksachen schon bisher 5 Pf. betragen hat, einheitlich auf 5 Pf. festgesetzt werden. Die Postanweilungsgebühren sollen von 20 auf 30 Pf. erhöht werden. Bei den Paketgebühren ist nur eine unbedeutende Steigerung vorgesehen; die Gebühren für Pakete in der zweiten Zone sollen in den beiden ersten Gewichtsstufen sogar ermäßigt werden. Doch soll für Pakete wieder ein Zustellgeld eingeführt werden. Außerdem ist für Entfernungen über 750 Kilometer eine neue vierte Zone vorgesehen worden.

Die Versicherungsgebühr, die zurzeit 5 Pf. für 100 M. beträgt, soll auf 10 Pf. für 500 M. ermäßigt werden.

Die Gebühr für die monatlich ein- oder zweimal erscheinenden Zeitschriften soll nur in Ansehung auf die Drucksachengebühren mäßig erhöht werden. Die Vorschläge auf Gebührenerhöhungen haben andererseits nicht auf die Postgebühren beschränkt werden können. Am

Postverkehr

treten ebenfalls Erhöhungen der Gebühren ein. Die Zahlkartengebühren sollen künftig durchweg die Hälfte der Postanweilungsgebühren betragen (Mindestgebühr also 15 Pf.). Die Auszahlungsgebühr soll von 1/10 v. T. auf 1/2 v. T., mindestens 20 Pf., erhöht werden. Außerdem ist eine Ueberweilungsgebühr von 10 Pf. und für die bisher gebührenfreien Briefe der Postsekundären an die Postsekundäre eine Briefgebühr von 5 Pf. vorgesehen. Bei dem Telegraphen soll die Wortgebühr im Ortsverkehr von 5 Pf. auf 8 Pf. und im Fernverkehr von 10 auf 15 Pf. erhöht werden.

Sämtliche Auslandsgebühren bleiben unverändert.

Die Mehreinnahme aus dem Postverkehr

wird auf 210 Mill. M., aus dem Postsekundärenverkehr auf 20 Mill. M. und aus dem Telegraphenverkehr auf 10 Mill. M. geschätzt. In eingehenden Ausführungen wendet sich die Post gegen die

scharfe Kritik, die auch im „Vorwärts“ an dem Plan der Portonerhöhung geübt worden ist. Wesentlich ist darunter das Zugeständnis, daß die Reichspostverwaltung einen großen Betrag, nämlich jährlich

150 Millionen Mark aus laufenden Einnahmen für Anlagezwecke

verfügbar machen will, die sonst nur auf dem Wege über Anleihen zu finanzieren wären. Sie verweist im übrigen auf die Mehrausgaben infolge der neuen Lohnsätze und auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Verkehrsrichtungen. Hierbei wird auch mitgeteilt, daß bisher keine Mittel für die Tilgung der Anleihen eingesetzt worden sind. Ein exakter Nachweis über die Geschäftsbearbeitung der Reichspost in den letzten Monaten fehlt leider auch diesmal, so daß eine Nachprüfung der Angaben der Reichspostverwaltung schwer möglich ist.

Selbstverständlich kann eine Kritik der Vorschläge der Post nicht soweit gehen, daß sie damit auch die notwendige Anpassung an gestiegene Verwaltungskosten verhindert. Wenn aber jetzt der Wirtschaft eine Belastung von 240 Millionen Mark auferlegt wird, so wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, ob ein derartiger Schritt bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht zu neuen Erschwerungen führen muß. Wenn die Begründung sagt, daß alle Mehreinnahmen der Wirtschaft den vermehrten Bestellungen zuzuführen werden, so ist darauf hinzuweisen, daß von diesen Bestellungen in der Hauptsache die Großunternehmungen Vorteile ziehen werden. Die Belastung aber trifft in ganz besonderem Maße den Verkehr des kleinen Geschäftsmannes. Das ganze System der Portonerhöhungen, die sehr radikal verfügt werden sollen, ist darauf zugeschnitten, daß die einzelne und kleinere Postsendung sich ganz wesentlich verteuert, während die Gebühren für große Sendungen in viel geringerem Maße erhöht werden. Hierin liegt ganz fraglos eine Härte, die vielleicht zu vermeiden ist. Außerdem scheint die Reichspost eine ganz auffallende Furcht vor der Preisniedrigkeit zu haben. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die auch sparsam wirtschaften müssen, hat man die Portonerhöhungen, abgesehen von den Ortstelegrammen, immer mindestens um volle 5 oder 10 Pf. heraufgesetzt und damit gerade im kleineren Verkehr Steigerungen der Gebühren um 50 Proz. vorgesehen. Eine gleichmäßige Anpassung der Gebühren an die Erhebungskosten ist damit zweifellos nicht bewirkt. Die zuständigen Organe werden sich also sehr sorgfältig damit zu befassen haben, ob und inwieweit die Vorschläge der Reichspost zu rechtfertigen sind.

Ein Aprilscherz und seine Folgen.

Konsum, Kriegsministerium und Deutschnationale.

Am 1. April veröffentlicht eine Zeitschrift die Nachricht, daß der preussische Staat das Gebäude des Kriegsministeriums an die Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (DCK) verkauft habe, die dort ein genossenschaftliches Warenhaus eröffnen würde. Das gab nicht wenig Aufsehen in den Kreisen der Einzelhändler, große Freude hingegen bei allen Eingeweihten, die den amäntanen Aprilscherz sofort erkannten und diese Reklame für das Genossenschaftswesen gar nicht so schlecht anluden.

Inzwischen ist der April vorüber, selbst die Einzelhändler steigen zu Bett — alles hat sich beruhigt; nur die Deutschnationale „Volkspartei“ nicht. Deren Landtagsfraktion, die so nur ein paar Häuser vom Kriegsministerium entfernt tagt und bei jeder Sitzung den Gärten dieses ehrwürdigen Hauses bewundern kann, befürchtet noch heute ernsthaft eine Erschütterung des Staates. Mit vor Empörung zitternder Feder richtet sie an die preussische Staatsregierung eine hochpolitische Anfrage, in der es heißt, durch den Verkauf des Kriegsministeriums an die DCK werde mit staatlicher Hilfe eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung des freien Handels herbeigeführt. Das Staatsministerium soll erklären, ob die Pressenmeldung den Tatsachen entspricht und wenn ja, aus welchem Grunde das Grundstück abgegeben wurde, wie das Staatsministerium diese Handlung mit der anerkannten Rolle des handelsverdienenden Mittelstandes in Einklang bringt und ob das Staatsministerium bereit ist, nun endlich die steuerliche Gleichheit des freien Handels und der Konsumvereine herbeizuführen.

Die Deutschnationalen haben mit der Anfrage jenen jenseitigen Ritter übertriften, der grunbsächlich erst drei Tage später jeden Wikipartier — sie brauchen selbst zum Verständnis eines normalen Aprilscherzes über sechs Wochen.

Und das sind die Leute, die heute im Reich regieren ...

Obuch und der Femehäuptling.

Er berichtet weiter.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Obuch schickt uns die folgende zweite Berichtigung:

„In Nr. 217 Ihres Blattes unter der Ueberschrift: „Obuch und der Femehäuptling“ haben Sie nach einer Zuschrift aus dem Reichsausschuß weitere Behauptungen bezüglich meiner Person veröffentlicht, zu denen ich nach § 11 Reichspressgesetz in der nächstfolgenden Nummer, an derselben Stelle des Blattes und mit derselben Schrift, um Aufnahme folgender Berichtigung ersuche:

1. Es ist unware, daß ich „ganz wortwörtlich“ davon gesprochen habe, daß das Todesurteil gegen Schulz und seine Komplizen moralisch nicht gerechtfertigt sei, da sie als Werkzeug anderer Mächte gehandelt hätten; wahr ist vielmehr, daß ich das Todesurteil gegen Schulz als einen ungenügenden Einzelakt der Justiz bezeichnet und entweder über die Femezeiten hinaus die Bestrafung aller am Hochverrat von Rechts Beteiligten verlangt habe oder den Erlass einer Amnestie, durch die auch die von Links Verurteilten straffrei werden, ausgenommen die Femezeiten und Teilnehmer an Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr und der Rechtsorganisationen.

2. Es ist unware, daß ich im Plenum des Landtags aus den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners über die Erstreckung der Amnestie auf politische Straftaten von Rechts „gemacht“ habe, die verhängte Gefängnisstrafe gegen den Stahlhelmann Bobies in Düsseldorf von 2 Jahren wäre nach Ansicht des sozialdemokratischen Redners eine ausreichende Sühne; wahr ist vielmehr, daß ich auf die Ausweitung bezüglich der Erstreckung der Amnestie auf die Straftaten von Rechts überhaupt nicht eingegangen bin, daß ich vielmehr im Plenum des Landtags eine andere Ausweitung des sozialdemokratischen Redners feststellte, in der er die Aburteilung der Straftaten von Rechts als ausreichend streng bezeichnet und daß er als Beispiel hierfür gerade die gegen den Stahlhelmann Bobies verhängte Gefängnisstrafe von 2 Jahren anführte, die für dessen Verbrechen viel zu milde ist.“

Wie können Herrn Obuch nicht hindern, seine Worte wackrig durch eine „Berichtigung“ zu interpretieren. Sie sind gefallen, der ganze Rechtsausschuß hat sie richtig verstanden.

Die Joachimsstaler Konferenz.

Kleine Entente und ungarische Königsmache.

Das Erzgebirgsstädtchen Joachimstal, am Wege von Karlsbad zur Kammhöhe, die Böhmen von Sachsen grenzt, ist vor wenigen Jahrzehnten zu großer Bedeutung gelangt, als nämlich das Ehepaar Curie in Paris das seltene und seltsam aktive Element Radium entdeckten.

Dort sind nun die Außenminister der Kleinen Entente, d. h. der tschechoslowakischen Republik und der Königreiche Rumänien und Südslawien wieder zusammengetreten. Sie tun das gern in einem Kurort, so voriges Jahr in dem herrlich gelegenen Bled (Beides) am gleichnamigen Südalpensee. Die Bemerkung, daß die Kleine Entente von Kurort zu Kurort reist, um gesund zu werden, liegt da sehr nahe.

Dem einen der drei Bundesgenossen, Südslawien, hat die Einkapselung Albaniens durch Italien eine um so stärkere Einbuße an Macht und Ansehen gebracht, als er nicht instande ist, diesen Erfolg des mussolinischen Imperialismus zunichte zu machen. Von dem gegenseitigen Kräfteverhältnis ganz abgesehen, verhindert dies schon das neugegründete Bündnis Rumäniens mit Italien, das nun auch die Annexion Bessarabiens als rechtsgültig anerkannt hat. Gewisse südslawische Rechnungen auf Ungarn sind gleichfalls durch die neuabgeschlossene Allianz Italien-Ungarn gescheitert. Freilich hat dieses letztere Bündnis Rumänien wieder mehr an die Stange der Kleinen Entente gebracht — und das aus folgendem Grunde:

Die Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie in Ungarn, von Mussolini wie von den britischen konservativen Schutzherrn aller Reaktion bereits gestattet, würde mit der Zeit den von Ungarn losgerissenen Besitz der Klein-Entente-Staaten um so sicherer bedrohen, als man von Ungarn auch stark oder sogar überwiegend magyarische Siedlungsgebiete losgerissen und dadurch den Irredentismus gewaltig gestärkt hat. Ganz besonders stark magyarisch ist aber das südwestliche Neurumänien und darum ist das italienisch-ungarische Geschäft den Bukarester Machthabern um so fataler, als sie von allen Nachfolgestaaten so ziemlich das schlechteste Gewissen in puncto Minderheitenschutz haben müssen.

So wird die Joachimsstaler Konferenz eine Besserung des inneren Zustandes der Kleinen Entente verzeichnen können. Sie wird zwar Südslawien nicht die Befreiung von der Gefahr der Einkapselung durch den italienischen Balkanimperialismus bringen können, höchstens die Aussicht auf eine gewisse Lockerung dieses Ringes, dessen Sied auch das tschechische Bulgarien ist — aber die Konferenz dürfte doch wohl die Wahrscheinlichkeit verringern, daß in Ungarn die Monarchie so leicht wiederaufgerichtet werden könnte.

Käme es so, dann wäre die Joachimsstaler Konferenz eine jener Konferenzen, die nicht ganz ohne Erfolg bleiben, also eine der seltenen.

Die erste Sitzung.

Joachimsstal, 13. Mai. (WTB.) Die drei Außenminister Dr. Markowitsch, Belgrad, Dr. Beneß, Prag, und Mikl. neu, Bukarest, traten heute nachmittags zu einer Beratung zusammen, über die das folgende offizielle Kommuniqué ausgegeben wurde: Die Minister gaben nacheinander eine Darstellung über die auswärtige Gesamtlage wie auch über den Stand der Beziehungen ihres Landes zu den Nachbarstaaten und den übrigen Ländern. Dieser allgemeine Bericht wurde durch den Austausch von Informationen über alle Fragen, die jeden der drei Staaten betreffen, ergänzt. Morgen wird die Debatte fortgesetzt werden, damit alle Probleme diskutiert werden, die besonders die Kleine Entente interessieren und damit die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden können. Es sind bereits 80 Pressevertreter angemeldet.

Die Gewerkschaftsfreiheit bedroht!

Das höchste Gut der Arbeiterschaft auf der ganzen Welt in Gefahr!

(IGB.) Aus der am 25. Mai in Genf beginnenden Internationalen Arbeitskonferenz gelangt u. a. die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit zur Behandlung und sie wird eventuell Gegenstand einer Konvention. Dies ist eigentlich überflüssig, denn die Gewerkschaftsfreiheit wird bereits im Friedensvertrag unter den „Bedingungen“ aufgezählt, die „für eine große Anzahl Menschen mit sozialer Unsicherheit, Elend und Entbehrungen verbunden sind“ und deshalb laut Friedensvertrag „verbessert werden sollen“.

Wie es mit dieser „Verbesserung“ steht, zeigt sich mit aller Deutlichkeit in England, das allen voran schon im Jahre 1824 die Grundlagen zur Gewerkschaftsfreiheit legte und jetzt ein Gesetz angenommen hat, das ohne Zweifel auch

einen Schlag gegen die Gewerkschaftsfreiheit

bedeutet. Denn von gewerkschaftlicher Organisation und gewerkschaftlicher Freiheit kann man nur reden, wenn die Arbeiter die Möglichkeit haben, Solidarität zu üben. Mit diesem Gesetz — das gibt selbst ein kapitalistisches Blatt zu — „verfügt jedoch der Gesetzgeber nichts anderes als eine gänzliche Niederbrechung des Solidaritätsgefühls der Arbeiter zu erreichen“.

Noch trauerlicher liegen die Dinge in Italien. Die ausgetretete „Charta der Arbeit“ beginnt mit einer frechen Lüge, indem im § 3 gesagt wird, daß die gewerkschaftliche Organisation frei sei, während es im gleichen Abschnitt heißt, daß nur die vom Staat kontrollierten Gewerkschaften erlaubt seien und die von ihnen abgeschlossenen Kollektivverträge für alle Arbeiter gelten, gleichviel, ob sie ihrer Gewerkschaft angehören oder nicht. Das gleiche gilt bekanntlich für die Beiträge, die jeder bezahlen muß, auch wenn er diesen „Gewerkschaften“ nicht angehören will.

Daß die Gewerkschaftsfreiheit auch in anderen europäischen Ländern noch keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt speziell das Los der Staatsbeamten. Abgesehen von England und Italien, wo die Organisationen der Staatsbeamten vollständig gestellt sind oder eine gewerkschaftliche Erfassung überhaupt unmöglich gemacht worden ist, hält es auch für die Staatsbeamten anderer Länder schwer, auf gleichem Fuße mit den anderen Berufen zu sein. Der Anführer der Staatsbeamten Frankreichs an die freigewerkschaftliche Landeszentrale und ihre Zusammenfassung im Beamtenrat der öffentlichen Verwaltungsdienste hat in der kapitalistischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man bezeichnete seine Gründung als

den „Beginn einer Revolution“

und die Auslieferung an das Ausland. Es herrscht hier die gleiche Gesinnung wie in den von den Großmächten so gerne als rückständig bezeichneten Staaten Estland, dessen Eisenbahner trotz aller Proteste bis jetzt noch nicht zu Recht der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angehörend können.

Was weiter über die Gewerkschaftsfreiheit im Baltikum und auf dem Balkan zu sagen ist, gibt Anlaß zu größter Besorgnis. In Litauen werden die Gewerkschaften nicht nur unterdrückt, sondern auch noch die Führer eingekerkert. In Ungarn triffen die Gewerkschaften ein himmelsches Leben. In Bulgarien bearbeitete die Polizei die diesjährigen Rabemonstranten mit Revolver und Säbel, ferner wurde das Gewerkschaftszentrum nach italienischem Muster besetzt. Die Eisenbahner genießen nicht einmal theoretisch das Streikrecht.

In Rumänien werden bei der Auflösung der kommunistischen Gewerkschaften vom zuständigen Minister Gründe wie die „Aufmunterung zum Eintritt in die Gewerkschaften“, die „wiederholte Brandmarkung der bürgerlichen Klasse als rachsüchtig und ausbeuterisch“ und „die Unterhaltung und Betätigung des Geistes des Klassenkampfes“ angeführt. Dies in einem Staate, der

die blutigsten Verfolgungen seiner Gegner

auf dem Gewissen hat! Auch hier weiß das Staatspersonal vom Vereinsrecht nichts. In der Türkei, wo es früher eine kräftige Gewerkschaftsbewegung gab, hat die neue „demokratische“ Regierung aller Organisation ein Ende bereitet.

Und wie steht es in den Kolonien aus, die sich der „Sugungen“ europäischer Kultur erfreuen? In bezug auf die kürzlichen Zustände in Niederländisch-Indien führte Stenhuis unter anderem aus:

„Was das Verhalten der holländischen Regierung betrifft, so hatte diese für die von den Unternehmern zum äußersten gebrachte indische Bevölkerung, die Recht auf Organisations- und Pressefreiheit sowie auf eine unabhängige Sozialgesetzgebung hat, nichts als die Krute übrig, als sie sich mit berechtigten Forderungen an sie wandte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Eingeborenen unter solchen Umständen auf weitere erfolglose Forderungen verzichteten und ihre Zuflucht zum Chaos und zur Gewalt gegen jene nahmen, von denen sie gemartert werden.“

Die gewerkschaftlichen Erfolge.

Wie sie der „Deutsche“ kommentiert.

Wir haben in einem Rückblick auf den Feldzug der Gewerkschaften zur Hebung der Löhne und Wiederherstellung des Achtstundentages auch das Arbeitszeitnotgesetz erwähnt. Wir schreiben in diesem Zusammenhang:

„Politisch sind die Erfolge, die errungen wurden, gewiß nicht sehr bedeutend. Das Arbeitszeitnotgesetz hat seine Bedeutung ausschließlich in der agitatorischen Wirkung.“

Der „Deutsche“, der sich trapphaft bemüht, den Umfall der christlichen Gewerkschaftsvertreter im Reichstag bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes zu rechtfertigen, zitiert unter anderem die vorstehenden Sätze, läßt aber im zweiten Satz das Wort „ausschließlich“ weg. So gelingt es ihm, den „Vorwärts“ für seine These zu benutzen.

Daß die Agitation um den Erlaß eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages ihre Wirkung bei dem Abschluß von Tarifverträgen nicht verfehlen konnte, liegt auf der Hand. Wenn dieser Erfolg in den Wirtschaftskämpfen geschichtlich nicht verankert wurde, so ist das ausschließlich dem Verhalten der christlichen Gewerkschaftsvertreter im Reichstage zuzuschreiben.

Der „Deutsche“ steigert seine Zitatentunst, indem er die von uns ausdrücklich hervorgehobene Unterscheidung zwischen dem politischen Ergebnis und dem durch die wirtschaftlichen Kämpfe errungenen Erfolg verwischt. So gelingt es ihm, den Eindruck zu erwecken, als hätte der „Vorwärts“ die durch die Tarifkämpfe der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeit errungenen Erfolge dem Arbeitszeitnotgesetz zugeschrieben. Dann schreibt der „Deutsche“:

Im Zusammenhang mit den in der französischen Kammer kürzlich geführten Debatten über die Wirtschaft in Indochina sagte Jouhaux über die Einführung der Gewerkschaftsfreiheit in den Kolonien und Protektorsgebieten:

„Man industrialisiert die Kolonien und proletarisiert die Eingeborenen, ohne daß man es ihnen ermöglicht, jene Institution aufzubauen, die ihnen allein den Verteidigungstempel gegen die Ausbeutung ermöglichen können: Gewerkschaften! Man verschone sich mit dem Einwand, daß die Eingeborenen für den Genuß der gewerkschaftlichen Freiheit noch nicht reif seien und es gefährlich sei, die Bildung von Gruppen zuzulassen, die morgen für politische Zwecke ausgenutzt werden können. Solche Argumente sind nicht stichhaltig!“

Es ist der Mangel an Rechten,

der die Unzufriedenheit erzeugt und Unregelmäßigkeiten zur Folge hat. Es ist besser, die Freiheit aus freien Stücken und in voller Kenntnis des Sachverhaltes zuzubilligen, anstatt zu warten, bis durch willkürliche Akte eine so schwierige Lage entsteht, daß Hals über Kopf ein Nachgeben notwendig wird, bei dem der mit freiwilligen Reformen verbundene moralische Gewinn verloren geht.

In der Ausübung der ihnen erteilten Rechte werden die Eingeborenen geistig wachen und den Sinn ihrer sozialen Verantwortlichkeit erlangen. Ueberläßt man sie ohne Verteidigungsmöglichkeiten der Willkür der Unternehmer, so bedeutet dies die Aufrechterhaltung der Sklaverei, besonders wenn man bedenkt, daß die Arbeitgeber in den Kolonien mehr als anderswo von dem einzigen Gedanken besessen sind, sich zu bereichern und namenlos sich schnell zu bereichern.“

In Argentinien, das dem Arbeitsamt angeschlossen ist, wurde kürzlich der Gewerkschaftsführer Manasco, der sich um die Organisation der kreolischen Arbeiter die größten Verdienste erworben hat, im Zusammenhang mit einem unaufrichtigen Mord mit einigen seiner Freunde kurzerhand verhaftet. Ohne daß Beweise vorliegen, wird eine Gefängnisstrafe von 25 Jahren beantragt. Auf Kuba, dessen Regierungsvertreter sich auf den Arbeitskonferenzen immer besonders wichtig macht, enthält die Liste der Gewerkschaftler, die erschossen und gehängt wurden, oder — wie der Sekretär des kubanischen Gewerkschaftsbundes — als „verharmloset“ gemeldet werden, hunderte von Namen. Ähnliche Dinge liegen sich über verschiedene südamerikanische „Republiken“ berichten.

Daß diese schwarze Liste noch mit manchem anderen außer-europäischen Lande verlängert werden könnte, ist nicht verwunderlich. Wer hätte es jedoch für möglich gehalten, daß die Gewerkschaftsfreiheit, deren Verankerung im Friedensvertrag diesmal nur im Hinblick auf diese rückständigen außereuropäischen Länder für wichtig erachtet wurde, so daß sogar in Ländern in Gefahr geraten oder zerstört werden würde, wo sie schon vor dem Kriege eine Selbstverständlichkeit war! Es ist höchste Zeit, daß es sich zeigt, ob die Regierungen

das im Friedensvertrag geggebene Versprechen

einlösen wollen.

Wenn es keine Gewerkschaftsfreiheit gibt, so wird auch eine internationale Organisation der Arbeit, d. h. ein Internationales Arbeitsamt, überflüssig, wie ein Völkerbund keine Existenzberechtigung hätte, wenn es keine freien und anerkannten Staaten gäbe.

Das Internationale Arbeitsamt, dessen Arbeit und Stellung ohne Zweifel schwierig ist, hat in einem Fragebogenentwurf das Problem klar gestellt, indem es nicht nur allgemein über Gewerkschaftsfreiheit spricht, sondern über

Organisations- und Aktionsfreiheit.

Es handelt sich um das Recht der Arbeiter und Unternehmer zum freien organisatorischen Zusammenfluß und um das Recht, sich kraft dieser Organisation für ihre Ziele einzusetzen. Organisationsfreiheit ohne Aktionsmöglichkeiten würde bedeuten, daß die Gewerkschaften zu Gebilden ohne Axt und Initiative werden.

Art. 4 des Fragebogenentwurfes des Internationalen Arbeitsamtes lautet: „Mit der Begriffs der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit wie folgt zutreffend umschrieben: „Freiheit der Gewerkschaften, ihren Zielen unter Anwendung aller Mittel nachzustreben, die nicht im Gegensatz stehen zu den im Interesse der öffentlichen Ordnung bestehenden Gesetzen.“ Diese Frage kann vom arbeitereindlichen Staat bejahend beantwortet werden. Denn in diesem Falle läßt sich jede Bewegung auf Grund von Gesetzen im Namen von Ruhe und Ordnung unterdrücken. Gewerkschaftliche Organisation hat nur Sinn bei einem hohen Grad gewerkschaftlicher Aktionsfreiheit. Wird diese ausgeschaltet, so weiß die Arbeiterschaft, was sie zu tun hat. Sie ist auf sich selbst gestellt und muß sich selber Recht verschaffen. Nach allem, was von ihr seit dem Kriege getan worden ist, um im Rahmen einer vernünftigen Regelung der moralischen und sonstigen Wiederaufbau zu dienen, darf sie die Konsequenzen ruhig ziehen!“

„Ueberläßt man die Aktion, die zur Neuregelung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen führte, so bleibt festzustellen, daß die christlichen Gewerkschaften immer wieder betont haben, daß die gesetzliche Regelung allein nicht ausreicht, sondern daneben auch der Wille der Arbeiterschaft vorhanden sein müsse, die eigenen Kräfte zur Befestigung der Verhältnisse zu regeln. Die Bemühungen darum sind, wie der „Vorwärts“ jetzt bestätigt, nicht erfolglos gewesen. Das Arbeitszeitnotgesetz selbst hat zu dieser Entwicklung seinen Teil beigetragen, indem zunächst einmal die Geister ausgerüstet wurden und in Anlehnung an die gesetzlichen Bestimmungen die Tarifverträge wesentliche Verbesserungen erfuhren.“

Also die seit zehn Monaten durch die Gewerkschaften erkämpften Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeit sind „in Anlehnung an die gesetzlichen Bestimmungen“, die eben erst in Kraft traten, errungen worden! Diese Entdeckung sollte sich der „Deutsche“ patentieren lassen. Bieleicht danken es auch die Gewerkschaften, die schon vor 1914 den Achtstundentag erkämpft haben, dem Notgesetz der Brauns und Stegerwald, daß sie diesen Erfolg verzeichnen konnten? Es muß wirklich schmerzhaft sein um die Sache der christlichen Gewerkschaftsvertreter, wenn sie mit solchen Argumenten und solchen Zitatentunstücken operieren müssen.

Schlichtungsverfahren und Unternehmer.

Sie wollen erst um ihre Erlaubnis gefragt werden.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitskonflikts im Norddeutschen Wollkonzern mußten nach Abschluß der Vorverhandlungen abgebrochen und auf Montag früh 11 Uhr vorzeitig werden. Auf Unternehmenseite waren nur zwei

Syndizal erschienen, die dem Reichsarbeitsminister das Recht ab-sprachen, ein Verfahren einzuleiten. Zug diesem Grunde lehnten sie es auch ab, Beisitzer für die Schlichterkammer zu ernennen. Das könne erst dann geschehen, wenn der Reichsarbeitsminister den Unternehmern eine ausreichende Begründung für das von ihm eingeleitete Verfahren gebe. Der Schlichter hat in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlichtungsverordnung und mit dem ihm vom Reichsarbeitsminister erteilten Auftrag die Schlichterkammer zu Montag, den 16. Mai, vormittags 11 Uhr, einberufen. Wie wir erfahren, werden die Unternehmerbeisitzer unter Strafindrohung geladen werden; für den Fall des Nichterscheinens sind Referentbeisitzer bereitgehalten.

Wie Kommunisten praktisch arbeiten.

Und wie sie verkommen.

Die „Rote Fahne“ stellte dieser Tage unter der Ueberschrift „Die Solinger kämpfen weiter“ die Behauptung auf, daß „die Solinger Metallarbeiter auf Anweisung des Deutschen Metallarbeiter-Hauptvorstandes gezwungen wurden, den Kampf einzustellen“. Es sollte also der Eindruck erweckt werden, als ob der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Verwirklichung des Achtstundentages für die Metallarbeiter in Solingen absichtlich verhindert.

Was aber war in Solingen wirklich vorgegangen? Dort hatte im März ein Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, der über die 48stündige Arbeitszeit hinaus noch 5 Stunden Mehrarbeit wöchentlich ohne Lohnzuschlag vorgesehen hatte. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern mit Recht als unmöglich bezeichnet. Später hat sich dann allerdings herausgestellt, daß dieser Schiedspruch einstimmig, also auch mit den Stimmen der Arbeiterbeisitzer, zustande gekommen ist. Zu diesen Beisitzern gehörte auch der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Solingen. Dieser Arbeitervertreter heißt Rautenbach und ist führendes Mitglied der SPD. Diese Tatsache wird allerdings in der kommunistischen Presse der Öffentlichkeit verschwiegen. Angesichts der einstimmigen Annahme des Schiedspruches mußte nachher der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklären, daß mit Rücksicht auf die erfolgte Verbindlichkeitsklärung ein Streik nicht mehr angewendet werden kann.

Wenn man also nach einem Schuldigen sucht, so kann es sich nur um den kommunistischen Führer Rautenbach handeln, der infolge der Interessenlosigkeit und Saumseligkeit des größten Teils der Arbeiter in Solingen noch immer das Amt eines Bevollmächtigten ausüben kann.

Achtstundentag und Kraftwerkarbeiter.

Der Erfolg einer starken Organisation.

Die zweite Reichskonferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter in Dortmund hat u. a. eine einstimmig und mit großem Beifall angenommene Sympathieadresse an die englischen Arbeiter gerichtet. Darin wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die englischen Arbeiter die in der Antigewerkschaftsordnung der englischen Regierung durch Entziehung des Streikrechts geplante Stellung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gemeinde- und Staatsbetrieben unter Ausnahmerecht erfolgreich abgewehrt wird.

Trotz der teilweisen Vertilgung der Belegschaftsziffer bis auf 50 Proz. der Vorkriegszeit zählte die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in den GEM-Werken am Schluß des vergangenen Geschäftsjahres 53.615 Mitglieder gegen 48.907 im Jahre 1925. Nach dem Stand vom 1. Januar 1927 ist die 48-Stunden-Woche wieder für 49.454 Arbeitnehmer der GEM-Werke (67,3 Proz.) vereinbart worden.

Einigung in der Werksteingruppe Berlin.

Streik in den Kunststeinbetrieben.

Die Lohnbewegung in der Werksteingruppe ist bis auf die kleine Gruppe der Kunststeinbetriebe zum Abschluß gekommen. Da die Unternehmer jede Verhandlung abgelehnt hatten, fällt der Schlichtungsausschuß einen Spruch, wonach der Lohn für Steinmetze ab Anfang Mai auf 1,50 M. (um 5 Pf.) und ab 1. Oktober auf 1,54 M. erhöht werden sollte. Die Steinarbeiter lehnten gegen wenige Stimmen den Schiedspruch ab und beschloßen den sofortigen Streik. Am 10. Mai wurde die Arbeit niedergelegt, und nur drei Steinmetze bei der Firma Gebr. Frießle & Co. wurden zu Streikbrechern.

Bereits am ersten Streiktag wurden die neu aufgestellten Forderungen von einer Reihe von Firmen anerkannt, so daß der vierte Teil der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen konnte.

Durch Vermittlung des Schlichters für Groß-Berlin wurden am zweiten Streiktag die Parteien zu einer Verhandlung zusammengeführt. Nach langwierigen Besprechungen kam es zu einer Verständigung auf folgender Grundlage:

Der Lohn für Steinmetze beträgt ab der Lohnwoche, in welche der 6. Mai fällt, pro Stunde 1,53 M., für Hilfsarbeiter 1 M. resp. 1,05 M. Ab 1. Oktober erhöhen sich diese Löhne auf 1,57 und 1,03 resp. 1,08 M.

Die Streikenden stimmten am Donnerstag gegen eine starke Minorität den neuen Lohnfähen zu, so daß am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Durch die Geschlossenheit der Steinarbeiter wurde in einem kurzen Kampfe ein beachtenswerter Erfolg erzielt.

Anschließend an den Streik in der Werksteingruppe wurde zugleich ein Streik gegen die Kunststeinbetriebe, welche Steinmetze beschäftigen, um die Anerkennung des Tarifvertrages geführt. Da hier eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, stehen diese Arbeiter noch im Streik. Dieser betrifft in erster Linie die Firmen Gebr. Frießle & Co., Borchmann Kommanditgesellschaft und Borchmann u. Co.

Der Zentralverband der Steinarbeiter, Hauptstelle Berlin, ersucht alle Bauarbeiter, die Streikenden in diesem Kampfe durch Solidarität zu unterstützen.

Jugendgruppe des IGB. Morgen, Sonntag, findet eine Wahlenfahrt nach Teupitz über Adligswaldhaußen nach dem Nikolasee statt. Treffpunkt und Abfahrt pünktlich um 6 Uhr morgens vom Adligser Hof, (Eberswalderstr.).

Preis Gewerkschaftsjahrbuch. Heute abend 7 1/2 Uhr laut die Gruppe Bau-schulenwagen: Gruppenheim Jugendheim Erzberg 16. Zusammenkunft. — Treffpunkt: Sonntag, 15. Mai, morgens 8 Uhr, Kolonnenplatz (Normaluhr). Auf nach Kitzbühel.

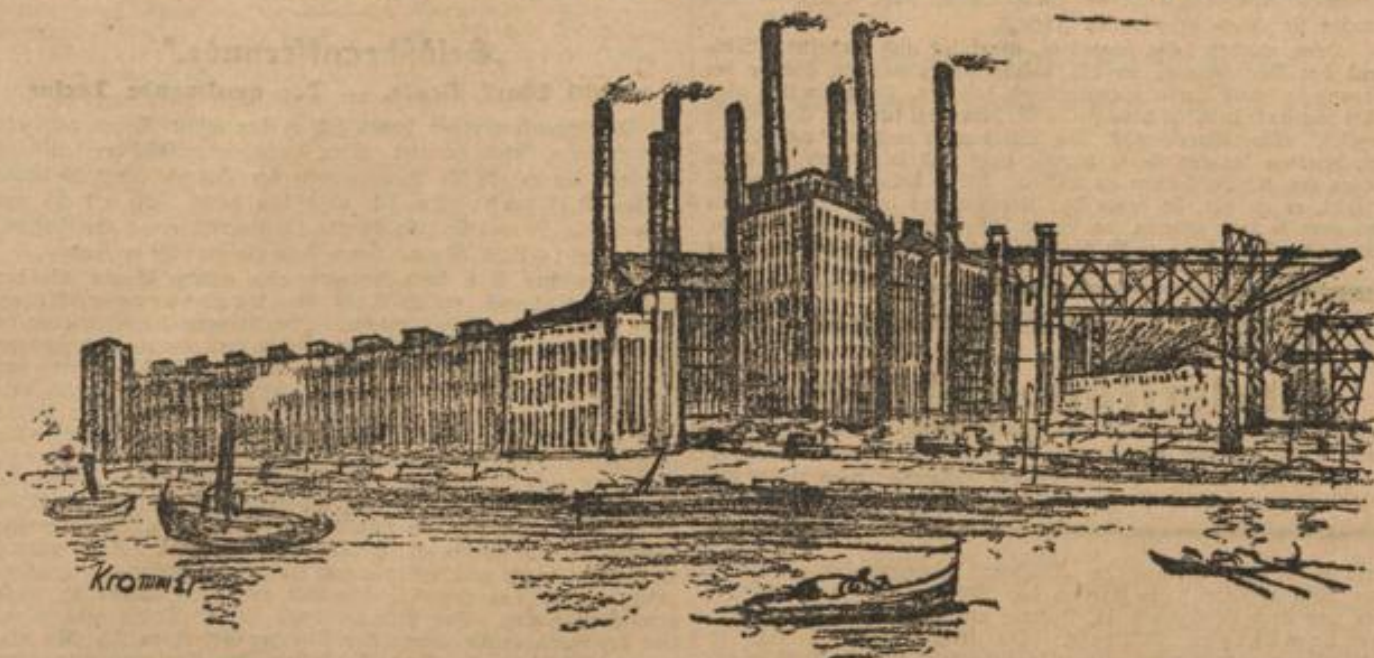
Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbeier; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eklorn; Revisionen: R. S. Schärer; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: H. Glode; Amtlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G2 68, Einbeckerstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

Steuern 2 Beilagen und „Unterhaltungs und Wissen“.

ENWER BEV GOLD 5

ist die beste 5 Zigarette

Die Großkraftquelle an der Spree.



Der 14. Mai 1927 wird ein Markstein in der Geschichte der deutschen Technik sein. Zur gleichen Zeit wird man ihn als einen bemerkenswerten Gedächtnisstein in der kommunalen Entwicklung Groß-Berlins festlegen. An diesem Tage wird das unter ungeheurem Kostenaufwand in fast märchenhaft kurzer Zeit aus dem Nichts emporgetriebene Großkraftwerk Kummelsdorf seinen vollen Betrieb aufnehmen. Nur derjenige, der die Finanznöte der Stadt Berlin, die insbesondere in der Inflationszeit ihren Höhepunkt erreicht hatten, nicht vergißt, wird ermessen können, welcher Mut dazu gehörte, 90 Millionen Mark für ein solches Werk auszugeben. Die Stadt hat trotz der unsicheren wirtschaftlichen Lage diesen Mut gehabt, und die Bevölkerung muß dem neuen Groß-Berlin und nicht zuletzt der Sozialdemokratie dank wissen, daß man mit unerhörter Tatkraft an die Ausführung dieses Wunderwerks der Technik herangegangen ist.

Großkraftwerk Klingenberg.

Mit diesem Riesenkraftwerk, das von dem ersten Fachmann auf diesem Gebiete, dem während des Baues in den Seelen verstorbenen Geheimrat Dr. ing. e. h. G. Klingenberg, geplant wurde, soll nach einem Beschluß der Stadtverwaltung und der zuständigen Deputation der geistige Schöpfer ein Denkmal seiner eigenen Arbeit erhalten. Klingenberg's Namen soll das Großkraftwerk in Zukunft führen und noch nie ist einem Techniker ein ähnliches und schöneres Denkmal gesetzt worden. Klingenberg, der auch der Erbauer des Großkraftwerks Golpa-Schornstein und anderer war, hatte sich trotz einer schweren Erkältung keinerlei Schonung auferlegt, eine Lungenerkrankung setzte seinem arbeitsreichen Leben ein Ziel. Und doch blieb der Geist des Toten die motorische Kraft, die den Bau zum glücklichen Ende gedeihen ließ. Heute steht das Werk, das nicht nur technisch, sondern auch ästhetisch eines der vollendetsten und schönsten der Erde ist. Das ganze Werk blüht von Sauberkeit. Der Kohlenstrimmer, der Heizer, der schweißgebadet mit trockener Kehle Schaufel um Schaufel in den glühenden Kaminen der Kessel wirft, ist hier zu einer sagenhaften Figur geworden. Das Kesselhaus strahlt in rot und silbernen Lack der isolierten Röhre. Ein einziger Mann achtet auf Wasserstand und Manometer in jeder Kesselgruppe. Optische Signale, kleine von einem elektrisch beleuchteten Spiegel erzeugte Lichtflecke, die mit den Dampfströmen durch den Dampfdruck in automatischer Verbindung stehen, zeigen an einer Schautafel die Dampfmenge an, ein anderes optisches Signal, das vom

Kommandostand, dem Hirn des ganzen Werkes, entsprechend den Anforderungen gesteuert wird, sagt dem Mann, was er zu leisten hat, ein Hebeldruck und die schweren Kessel lassen das ihnen zugehörige optische Signal und ihre Manometer steigen, bis sie vielleicht bei 37 Atmosphären Ueberdruck ihre Höchstleistung erreicht haben. Außerdem sind Telefonleitungen verlegt, die ebenfalls alle Stellen des Werkes erreichen. 16 Kessel von je 1750 Quadratmeter Heizfläche und einer Dampfspannung von rund 37 Atmosphären bei 425 Grad Ueberhitzung liefern den Dampf für die Turbinen.

Europas größte Turbinen.

Benige Schritte nur vom Kesselhaus entfernt, erreicht man das Turbinenhaus, in dem drei Hauptturbinen zu einer Höchstleistung von je 30 000 Kilowatt bei voller Belastung arbeiten können. Heute ist man noch mit der Montage einer dieser Turbinen beschäftigt, die die größten Europas sind, und die erst durch die in Amerika geplanten, aber noch nicht zur Ausführung gelangten Turbinen in der Zukunft übertroffen werden sollen. Die moderne Schwingungstheorie hat bei diesen Maschinen ihre Triumphe gefeiert. Bei diesen von der AEG. gebauten Maschinen sind alle Teile so bemessen und ausgeglichen, daß die mit voller Umdrehungszahl laufenden Turbinen kaum ihre Fundamente erschüttern. Die Schwingungen des Maschinenkörpers sind außerordentlich weich, so daß der Beobachter kaum spürt, welche ungeheure Leistung in ihnen erzeugt wird. Das mit Kacheln ausgelegte Maschinenhaus ist so sauber, daß man vom Fußboden essen könnte. Dazu sind alle Räume in ihren Räumen wunderbar abgetönt, in ihren Farben angenehm gehalten und in jeder Hinsicht zweckentsprechend gestaltet. Neben den drei Hauptturbinen arbeiten noch drei kleinere Haus- oder Vorwärmerturbinen, die Gleichstrom mit einer Leistung von je 10 000 Kilowatt erzeugen. Im Vergleich zu ihren großen Schwestern nehmen sie sich aus wie Zwerg. Der von den Hauptturbinen erzeugte Strom fließt hinüber in das 30 000-Volt-Schaltwerk und von hier aus wird der Strom auf die Riefenstadt Berlin verteilt. Der erste Strom wurde aber bereits am 19. Dezember 1926 geliefert. In Zukunft wird man kleinere Elektrizitätswerke im Reichsbild Berlins stilllegen können, wenn das Großkraftwerk Klingenberg seine gewaltigen Kräfte spielen läßt.

Triumph der Technik.

Der größte Triumph der Technik aber liegt sicherlich in dem Bau, in der Herstellung des Ganzen. In unglaublich kurzer Zeit

ist durch eine riesenhaft minutiös arbeitende Organisation dieses Riesenswerk fertiggestellt worden. Mehr als 30 000 Menschen haben in 90 verschiedenen Fabriken an der Fertigstellung des Großkraftwerkes gearbeitet. 5000 Waggons zu je 60 Tonnen gleich 150 Güterzüge schafften den Baustoff in 15 Monaten heran. Auf dem Bau selbst waren etwa 4000 Arbeiter in drei Schichten Tag und Nacht tätig. Wer die Industrie kennt, weiß, wie rasch Unglücksfälle sich ereignen. Auch das Großkraftwerk in Kummelsdorf stand seiner Unglücksfälle wegen, die sich während der Bauzeit ereigneten, lange im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Angriffe der Öffentlichkeit mit dazu beigetragen haben, Vorkehrungsmaßnahmen in erhöhtem Umfang anzuwenden, Tatsache aber ist, daß die Zahl der Opfer bei dem Riesenswerk nach seiner Vollenbung geringer ist, als beim Durchschnitt der deutschen Industrie. Sechs Menschen haben der Riefentechnik ihr Leben geopfert, etwa 40 Schwerverletzte vollenden neben den Leichtverletzten die Unfallchronik des Werkes. Mögen diese Zahlen, so niedrig sie im Vergleich mit anderen scheinen, dennoch ein Ansporn sein, alles, aber auch alles zu tun, um in Zukunft auch noch diese Unfallziffern zu unterschreiten. Bei allem Triumph der Technik bleibt es dennoch eine Tragik, daß alle Großtaten mit Menschenblut erkauft werden müssen.

In Nr. 19 von „Volk und Zeit“ wurden Bilder aus dem Großkraftwerk veröffentlicht. Durch eine knappe Darstellung wurden die technischen Einzelheiten des Riefenbaues geschildert, so daß sich hier ein weiteres Eingehen auf diese Dinge erübrigt. Aber alle Beschreibungen vermögen nicht den Eindruck wiederzugeben, der sich dem Besucher — möge er Fachmann oder Laie sein — dieses wundervollen Werkes aufzwingt, wenn er die weiten Hallen von „Klingenberg“ durchschreitet.

Von Sonntag ab schlägt's 13!

Die 24-Stunden-Zeit bei Reichsbahn und Post.

Der kommende Sonntag, der 15. Mai, hat für den deutschen Eisenbahnverkehr und darüber hinaus auch für die breite Öffentlichkeit eine ganz besondere Bedeutung. Mit dem neuen Fahrplan der Reichsbahn tritt an diesem Tage in ganz Deutschland die 24-Stunden-Zeit in Kraft, d. h. unsere Uhren — wenigstens zunächst die bei der Bahn und Post — gehen mit einem Male nicht mehr zwei mal zwölf Stunden, sondern wir zählen jetzt von 0 bis 24 Uhr durch! Die alte Redensart „Run schlägt's über 13!“ hat ihren scherzhaften Beigeschmack und damit ihre Berechtigung verloren, es sei denn, daß wir sie der neuen Zeitrechnung entsprechend in „Run schlägt's 25“ umändern...!

Die Einführung der 24-Stunden-Zeit bei Reichsbahn und Post — in Berlin auch bei Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn und Autobus — hat natürlich auch eine durchgehende Umstellung aller Fahrplandruckfächer, Fahrpläne, Kursbücher usw. notwendig gemacht. Vom Sonntag ab bieten sie sich dem Publikum in ihrem neuen 24-Stunden-Gewand dar. Wenn bei greiflicher Weise auch zunächst manche Schwierigkeiten bei der praktischen Handhabung dieser im wahren Sinne des Wortes „neuen Zeit“ entstehen werden, so dürfte man sich doch recht schnell an das „0 Uhr“ und „13 Uhr“ gewöhnen, zumal die sich ergebenden Vorteile für das Publikum selbst außerordentlich groß sind. Verwechslungen von Tages- und Nachtzeiten, die bisher häufig durch Uebersehen der unterstrichenen Minutenziffern entstanden, sind nicht mehr möglich, und besonders wertvoll ist die 24-Stunden-Ordnung auch für den internationalen Verkehr. In den meisten europäischen Ländern ist sie bereits seit langem eingeführt. Holland führt sie zusammen mit Deutschland ebenfalls am 15. Mai ein.

Unter der Anklage der jahrelängigen Lösung stand der Mineralwasserfabrikant Wilhelm Bendt vor dem großen Schöffengericht Reutlitz. Am 6. Januar 1927 führte ein Herr Müller außer seinen beiden Kindern auch zwei Kinder seines Kollegen Komasski spazieren. Vor dem Ueberfahren der Großstraße in Treptow ermahnte er sie zur Vorsicht. Die vierjährige Brigitte Komasski lief einen Meter aus dem Damm voraus. In diesem Augenblick kam der Angeklagte mit seinem Pferdebestenwerk in scharfem, unvermindertem Tempo aus der Pfefferstraße um die Ecke gefahren und überfuhr das Kind, das bald darauf starb. Wie die Zeugen be-

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

1) Von B. Traven.
Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Wann und wo ich Sleigh eigentlich zum ersten Male getroffen hatte, weiß ich so genau nicht mehr zu sagen. Doch wenn ich mich recht erinnere, war es an einem modrigen Pfuhl im Dschungel, wo ich meine Packmulus trankte und er hinzu kam, um sein Pferd zu tränken. Es kann auch sein, daß er zuerst am Pfuhl war und ich hinzu kam. Ja, so war es. Denn es fällt mir jetzt ein, daß, als ich zum Pfuhl geritten kam, ich in die Mündung eines auf mich gerichteten Singshooter sah. Er hatte gehört, daß sich jemand näherte, und im Dschungel oder im Busch läßt man es nicht darauf ankommen, sondern man sieht sich rechtzeitig vor. Man weiß ja nicht, wer der Ankömmling ist und welche Absichten ihn leiten. Ich hätte es genau so gemacht.

„Stid' em up, Boy! Die Flossen hoch!“
Seelenruhig zog er mir meinen Singshooter aus der Gürteltasche und schob ihn in seinen Gurt. Wir wechselten ein paar Worte, er erzählte mir, daß er auf weiter Fahrt sei, und als dann sein Pferd getränkt war und er den Wasserbeutel gefüllt hatte, sah er auf und sagte: „Zweihundert Schritt, da können Sie Ihren Kleder abholen; ich bin kein Bandit, aber ich weiß ja nicht, ob Sie vielleicht einer sind. Savvy!“

Ich folgte ihm und als zweihundert Schritte zwischen uns lagen, winkte er, ließ meinen Revolver fallen und fauste ab. Ich ging zurück zum Pfuhl, ohne ärgerlich auf ihn zu sein, denn ich hätte es ganz genau so gemacht. Er hatte das Trommelröhrchen nur früher hoch als ich, und das entschied, wer das Recht zum Kommandieren hatte. Daß er ein ehrlicher Bursche war, bewies er; denn er konnte mir meine Mulas abnehmen und den letzten Faden vom Leibe ziehen, dann hätte ich noch dankbar sein müssen, wenn er mir den Hut, meine Hose und meine Stiefel gelassen hätte, weil, würde einem auch dieses genommen, man im Dschungel schon lieber um den Gnadenschuß ersucht.

Drei Monate später ritt ich in einer ganz anderen Gegend durch ein Indianerdorf. Vor einer grasgedeckten Lehnhütte sah ich einen Weißen stehen, den einzigen Weißen im ganzen Dorf.

„Hallo!“ rief er herüber. Es war Sleigh.
Ich mußte in seine Hütte kommen, um seine Familie kennen zu lernen. Seine Frau war Vollblutindianerin und sie hatten drei Kinder. Die Frau mußte mir ein Ei backen und etwas vorlesen, das er Kaffee nannte.

Seit zwanzig Jahren lebte er unter den Indianern und ich zwischen ihnen. So genau ließ sich in der kurzen Zeit, die ich in seiner Hütte verbrachte, das wahre Verhältnis nicht feststellen.

Ein Jahr darauf etwa machte ich von Matehuala über Tula eine ziemlich beschwerliche Reise, um an den Tamest zu kommen, mit der Absicht, Alligatoren zu jagen. Es war aber nicht viel los damit; teils war der Dschungel so dicht und undurchdringlich, daß man den Fluß nicht erreichen konnte, teils war die Gegend so sumpfig und morastig, daß man es ausgeben mußte, an die eigentlichen Jagdgebiete heranzukommen. Ich ritt deshalb weiter den Fluß hinunter, um die größeren Nebenflüsse abzuschauen.

So kam ich eines Tages an eine kleine Pumpstation, die das Flußwasser viele Meilen weit zu einer anderen Station pumpt von wo aus es wieder weitergepumpt wird, bis es die Eisenbahnlinie erreicht. Ein Teil des Wassers dient zur Auffüllung der Lokomotivkessel; der größere Teil des Wassers jedoch wird von der Bahn in Landwagen zu einigen Dutzend Dörfern und kleinen Städten, die an der Bahnlinie liegen, gefahren, um die Bevölkerung mit Wasser zu versorgen.

Der Pumpmeister war ein Indianer. Mit Hilfe eines vierzehnjährigen indianischen Jungen bediente er die Pumpe. Der Kessel wurde mit Holz geheizt und das Holz wurde von einem anderen Indianer mit Maultieren von der fernen Bahnlinie herangeschafft.

Der Kessel machte den Eindruck, als ob er jeden Augenblick aus den Röhren gehen werde, und die Pumpe, die zweihundert Jahre alt zu sein schien, ächzte, stöhnte, schwihte, quetschte, leuchtete und klubberte, daß den Alligatoren und Jaguaren der Aufenthalt hier in der Nähe sicher nicht zum Paradiese wurde.

Dem Pumpmeister konnte das nur angenehm sein, denn er wohnte ja hier dicht neben seiner Pumpe in einer Hütte, vereint mit seiner ganzen Familie. Je mehr die Pumpe stöhnte und ratterte, um so sicherer konnten seine Kinder sich hier herumtummeln und im Fluße schwimmen.

In der Nähe der Pumpe führte eine Brücke über den Fluß. Die Brücke war breit genug, daß Wagen oder Autos

sie benutzen konnten; aber sie hatte kein Geländer. Das wäre auch eine ganz überflüssige Gedausgabe gewesen.

„Tenemos muchos Caimans, Senjor,“ sagte der Pumpmeister.

„Wo?“ fragte ich.

„Weiter raus oder runter. Natürlich nicht gerade hier an meiner Pumpe. Das wäre mir auch gar nicht einmal lieb. Die würden mir die Hühner alle wegstehlen.“

„Was ist denn da drüben auf der anderen Seite?“ fragte ich.

„Da ist Prärie. Ein Cattleranch. Eine Viehweide. Gehört einem Amerikaner. Dahinter kommt dann wieder Dschungel. Und dann etwa zwanzig Meilen durch den Dschungel, da kommt ein Camp, da bohren sie auf Öl. Die haben hier die Brücke gebaut. Die müssen ja hier rüber, wenn sie das Material von der Bahn holen.“

„Wer ist denn auf dem Rancho?“

„Ein Gringo.“

„Ach was, ich meine, wer nach dem Vieh sieht?“

„Das habe ich Ihnen doch soeben gesagt: Ein Gringo.“

„Wo wohnt er denn?“

„Gleich da hinter dem Busch.“

„Runn' bien! Da will ich doch mal rüber, sehen, wie es ihm geht.“

Hinter dem Gebüsch waren sechs oder acht der üblichen Indianerhütten, rauchende Indianerfrauen und herumjagende nackte, braune Kinder die Menge. Hier war Gras und Wasser im Ueberflusse; also fanden auch die Indianer ihren Lebensunterhalt. Die Weibe gehörte ihnen zwar nicht, aber das störte sie nicht. Sie hatten jede Familie ein paar Ziegen, einige Esel, ein Dutzend Hühner und im Wasser waren so viele und so schwere Fische, daß die Leute um ihre Mahlzeiten nie verlegen zu sein brauchten. Ein umgebogener Nagel mit einem kleinen Fisch daran und einem Stück Schnur war das ganze Angelgerät. Die Männer arbeiteten bei den Dellsuchern oder sie brannten Holzbohle, um die Bedürfnisse zu befriedigen, die ihnen die Zivilisation gebracht hatte. Aber diese Bedürfnisse beschränkten sie auf das allernotwendigste.

Weder die müßig auf dem Erdboden hockenden Frauen, noch die kreischenden Kinder ließen sich durch mich stören. Nach meinem Ramme zu fragen, hielt ich für überflüssig, denn im Hintergrunde sah ich eine Hütte, die zwar nach Indianerart gebaut, jedoch größer und sorgfältiger angelegt war. Kein Zweifel, da wohnte mein Amerikaner.

(Fortsetzung folgt.)

tundeten, gab der Angeklagte in der Strafe nicht acht. Ferner sah er nicht auf seinem Platz an der rechten Wagenseite, sondern in der Mitte, wo er die Bremse nicht bedienen konnte. Der Versuch des Angeklagten zu entkommen blieb ohne Erfolg. Der Staatsanwalt hielt trotz alledem die Fahrlässigkeit des Angeklagten für gering, da dieser nicht annehmen konnte, daß ein Mann mit vier Kindern plötzlich in seine Fahrbahn käme und beantragte drei Monate Gefängnis oder 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht hielt eine Strafe von drei Monaten Gefängnis für angemessen und wählte eine Bewährungsfrist von den polizeilichen Ermittlungen abhängig machen.

Die Ausföderung Berlins.

Ein beachtenswerter Antrag.

Zur Wohnheimstätten- und Heimstättenartenpolitik der Stadt Berlin hat das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik in seiner 14. Sitzung nachstehenden Antrag gefasst:

„Das Aktionskomitee beschließt, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin zu ersuchen, baldigst durch Aufstellung einer Ortsplanung nach Maßgabe des preussischen Ausführungsgesetzes nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengesetz geeignete Grundflächen für Reichsheimstättenwohngebiete und Reichsheimstättengemeinschaften in einem Ausmaße abzugrenzen, daß bei Durchführung des Bauprogramms die Errichtung von Reichsheimstätten den Vorzug hat, und die erforderliche Ausföderung des Stadtgebietes durch die Ausweisung genügender Heimstättenartengebiete sichergestellt ist.“

Zur Begründung des Antrages wird ausgeführt: In Berlin besteht gegenwärtig nach dem Ergebnis der Wohnungszählung vom 3. Mai 1925 ein dringender Fehlbedarf von 75 000, ein Gesamtbedarf von 165 000 Wohnungen (vgl. Antrag an die Stadtverordnetenversammlung vom 18. Januar 1927 betreffend Richtlinien für den Wohnungsneubau in Berlin). Aus alledem anerkennenden Gründen muß bei Fortführung des Wohnungsneubaues unter allen Umständen das Mietkafersystem, auch wenn es in verbesserter Form auftritt, unterbunden werden; denn es machen sich Anzeichen bemerkbar, daß in Berlin der Hochhausbau wieder bevorzugt wird. Dieser dürfte nur für vorhandene Bauflächen, die früher schon für den Hochhausbau vorgesehen waren, zugelassen werden. Neue Siedlungen sind grundsätzlich nach dem Reichsheimstättenrecht und im Kleinhausbau auszuführen. Die durch die Mietkafersysteme angerichteten Schäden sind so groß, daß weitestgehende Errichtung von Kleinhäusern mit genügenden Hausgärten und Grünflächen unbedingt erforderlich ist. Dem Einwand von Verkehrserschwerungen beim Kleinhausbau ist entgegenzuhalten, daß die Allgemeinheit die Pflicht hat, für ausreichende Verkehrserschwerungen zu sorgen.

Genau so wichtig wie die planmäßige Föderung des Kleinhausbaues nach Reichsheimstättenrecht ist die Ausweisung geeigneter Reichsheimstättenartengebiete. Es genügt nicht, daß die in Berlin bereits bauplanmäßig vorgesehenen 3000 Hektar Dauer-Kleingartenland als sogenannte Dauertolonien mit zehnjährigen Pachtverträgen ausgewiesen werden, sondern sie müssen durch Ortsplanung als Heimstättenartengebiete gemäß Reichsheimstättenrecht ausgewiesen werden. Das Aktionskomitee vertritt nachstehende Forderungen auch aus der grundsätzlichen Erwägung, daß die Stadt auch aus sozialen und städtebaulichen Gründen rechtzeitig und an geeigneter Stelle soviel als möglich Land für Reichsheimstättenartengebiete abzugrenzen hat. Die Ausföderung der Großstädte gehört zu den dringendsten Aufgaben einer weitestgehenden Stadtverwaltung und darf nicht bis zum Erlaß des preussischen Städtebaugesetz verschoben werden, weil die Gefahr der baulichen Aufzählung zahlreicher Kleingartenländereien besteht. Kleingärten sind für die hausgartenlosen Großstadtbewohner nichts anderes als ein Ersatz für die beim Kleingartenbau vorenthaltenen Hausgärten. Die von interessierter Seite erhobenen rechtlichen Bedenken gegen die Ausweisung von Heimstättenwohn- und Heimstättenartengebieten sind nicht durchschlagend (siehe §§ 3, 4, 7 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 sowie Gutachten Paus, Fischer, Schierer u. a. m.). Es kommt darauf an, eine zielbewusste fortschrittliche Bodenpolitik zu betreiben, zu der das preussische Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättenrecht eine Handhabe bietet.

Unterzeichner ist der Antrag bis jetzt von folgenden Organisationen: Heimstättenamt der deutschen Beamenschaft; Johannes Lubahn; Deutscher Beamtenbund (Provinzialfartell Berlin); Geister; Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.-G. (Gehag); GutsMuths; Deutscher Gewerkschaftsbund (Ortsverband Berlin, Wohnungs- und Siedlungsausschuß); Treffert, Böhm; Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten E. A. Katharina Müller; Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands; Förster; Provinzialverband Groß-Berlin desselben Reichsverbandes; W. Reinhold; Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen E. B.; Pfänder; Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener E. B.; Riemer; Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebener; Dr. Panzer; „Arwit“; Gemeinnützige Siedlungs-G. m. b. H.; Siebenhaar; Bund Deutscher Mietervereine (Gau Berlin); Gramse; Reichsbund Deutscher Mieter; Dient; Allgemeiner Verband der Versicherungsangestellten; Beume; Bund Deutscher Bodenreformer; Victor Koad.

Der Antrag ist bereits an den Magistrat der Stadt Berlin, Deputation für Siedlung und Wohnung, weitergeleitet worden.

Arkonaplatz als Erholungsstätte.

Ein vorbildlicher Schmuckplatz ist in Berlin-Nord in der Kolonnenal Vorstadt geschaffen worden, dank den Bemühungen des Bezirksamts Berlin-Nord, dessen Gebiet sich mit einem Zipfel bis dorthin erstreckt. Den Arkonaplatz, der bisher einen nicht sehr erfreulichen Anblick bot, hat die Gartenverwaltung mit Anlagen ausgestattet, die ihn nicht nur zu einer Zierde des Stadtteils, sondern auch zu einer nützlichen Erholungsstätte für die Bewohner der umliegenden Straßen machen. Nach Entwürfen des Gartendirektors Barth ist unter Leitung des Gartenmeisters Martin jede der beiden Hälften des von der Ewinemünder Straße durchschnittenen Platzes so gestaltet worden, daß Kinder und Erwachsene zu ihrem Recht kommen. Die Ränder mit ihren von Wegen durchzogenen Gartenanlagen sind den Erwachsenen vorbehalten, die hier zu ungeführter Raft eine reichliche Zahl Bänke vorfinden. Die vor den Gefahren des Straßenverkehrs geschützten Mittelstücke sind Tummelstätten der Kinder, für die auf der westlichen Platzhälfte die unentbehrlichen Sandhaufen aufgeschüttet sind, auf der östlichen ein lockendes Planschbecken hergerichtet ist. Am Freitag wurde die neue Anlage von geladenen Gästen, von Mitgliedern der Bezirksversammlung, des Bezirksamtes, der Gartenverwaltung und der Tiefbauverwaltung besichtigt und durch Bürgermeister Schneider eingeweiht. Genosse Schneider sprach in seiner Rede von der Hoffnung aus, daß dieses schöne Werk der Gartenkunst leberzeit unter dem Schutz der Bevölkerung stehen und vor Zerstörung bewahrt bleiben werde. Als dann die neue Erholungsstätte zur Benutzung freigegeben wurde, strömten die den Platz säumenden Kinderkaren in die umgebenden Anlagen hinein und besetzten jubelnd die Sandhaufen und das Planschbecken.

Ein Lehrgang für Obst- und Gemüserzeugung findet vom 13. bis 18. Juni d. J. an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau, Berlin-Dahlem, statt. Anmeldung zur Teilnahme erfolgt unter Einzahlung des Lehrbeitrages von neun Mark auf das Postfachkonto Berlin 26 119 der Kasse der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau Berlin-Dahlem bis zum 10. Juni. — Personen unter 18 Jahren werden nicht zugelassen.

Die eingebildete Kranke.

Ein Freispruch.

Die 16jährige G. lernte den 21jährigen Betier ihrer Geschäftskollegin kennen und die Freundschaft veränderte sich bald in Liebe. Als dann ihr Geliebter arbeitslos wurde, entnahm sie dauernd aus der Kasse des Geschäftes, in dem sie angestellt war, geringfügige Beträge, die sie ihm zusuchte. Nach ihrer Beisehung in eine andere Filiale stellte sie ihre Hilfslosigkeit nicht ein; sie machte kleine Lebensmittelpakete zurecht — Butter, Eier, Käse, Wurst — und brachte sie ihrem arbeitslosen Freund.

Dann wurden beide überrascht, überführt und verhaftet. Während der Vernehmung, die bis 3 Uhr nachts dauerte, machte der Freund zu seiner Verteidigung geltend, daß seine Freundin ihm nicht alles zugestekt habe; so habe sie 20 M. dem Arzt für eine Abtreibung bezahlt. Was, Abtreibung? Die Kleine wird nochmals vorgeführt: Ja, heiraten konnten sie ja damals nicht und so glaubte sie eines Tages den Arzt aufsuchen zu müssen. Dieser habe sich anfangs gestäubt, es zu tun, sie möge das Krankenhaus aufsuchen, sie habe ihn aber so sehr gebeten, da sei er schließlich darauf eingegangen. Für seine Mühe habe er 20 M. bekommen. Und der Freund sagte:

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Gr.-Berlin

Morgen, Sonntag, 15. Mai 1927:

Kinderfreunde-Maitag

auf der großen Spielwiese im Volkspark Neukölln, Tempelhofer Feld. Beginn um 11 Uhr vormittags. — Gesang, Spiel und Tanz. Eintrache: Kurt Löwenstein. Gemeinnames Mittagessen (Brot für 20 Pfg. erhältlich bei den Heißern). Treffpunkte der Kreise werden noch bekanntgegeben.

aus: die G. habe ihm von dem „Rasheur“ mitgeteilt und er habe sie zum Arzt begleitet. So standen das Mädchen und der Arzt Dr. Sch. vor dem Landgericht 11, letzterer unter der Anklage der gewerbsmäßigen Abtreibung. Sie konnte eigentlich nicht so richtig sagen, was mit ihr passiert sei; jedenfalls habe sie selbst nichts an ihrem Körper vorgenommen; vielleicht habe sie ein zu schweres Fach gehoben. Der Arzt bestritt aber mit aller Entschiedenheit den unerlaubten Eingriff. Die Angeklagte sei eines Tages bei ihm als Patientin erschienen, er habe nichts an ihr gesunden und habe ihr Beruhigungstropfen gegeben; auch beim zweiten Besuch habe er nichts Auffälliges bemerkt und erst beim dritten Besuch sei die Situation völlig geändert gewesen: ein Eingriff hätte da vorgenommen werden müssen. Der hochverständige Arzt Professor Franke konnte mit Bestimmtheit nicht sagen, ob bei der Angeklagten überhaupt etwas vorgelegen habe; eine Schwangerschaft brauchte jedenfalls nicht mehr vorgelegen zu haben, als die Patientin zum drittenmal den Arzt aufsuchte; der Eingriff sei aber medizinisch angezeigt gewesen. So wurde man schließlich aus der Sache nicht recht klug. Das Mädchen, ihr Freund und die Mutter waren überzeugt, daß etwas Wahres an der Sache gewesen sein mußte. Der Staatsanwalt wollte nur das Mädchen wegen versuchter Abtreibung bestrafen. Das Gericht sprach sowohl den Arzt wie die Patientin frei; die Schwangerschaft sei nicht nachgewiesen gewesen, hieß es in der Urteilsbegründung.

Schaufensterschau der Bäcker.

Der Bäckerinnungsverband Brandenburg und Grenzmark im Germanio-Zentralverband deutscher Bäckerinnungen feiert in den Tagen vom 15. bis 17. Mai sein halbjähriges Jubiläum mit einer in Berlin stattfindenden Festtagung. Aus diesem Anlaß wird am 17. und 18. Mai in Berlin eine Schaufensterschau des Bäckergewerbes veranstaltet, die nur die hier ortsbildlichen Backwaren, aber keine Erzeugnisse der Konditoren zeigen will. Im Bäckerinnungsverband „Germania“ (Berlin, Chausseestraße 110) wurde dieser Tage eine Vorschau gegeben, bei der nicht weniger als 39 Sorten Backware, verschieden im Teig oder in der Form, zu sehen waren. Da gab es Schrippen, Knäppl, Semmeln, „Schusterjungen“, Salzstangen, Kümmebrötchen, Milchbrötchen, Rollenbrötchen, Mahnbrötchen, Barches usw., auch Roggenbrot, Weißbrot, Schrotbrot. Nebenbei bemerkt: der schlichte „Schusterjunge“ gehört zu den allen marktlichen Gebäckarten und wird zum ersten Male im Jahre 1840 in den Akten der Bäckerinnung zu Spandau erwähnt. Der Zweigverband Brandenburg und Grenzmark umfaßt jetzt 127 Bäckerinnungen mit annähernd 8000 Mitgliedern, die über 9000 Gejellen beschäftigen und etwa 5000 Lehrlinge ausbilden. Im Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin gibt es etwa 4000 Bäckereibetriebe, die zusammen etwa 38 000 Doppelgetreide Mehl je Woche verarbeiten.

Zigareneinbrecher in Charlottenburg.

Eine Bande von Spezialeinbrechern trieb seit einiger Zeit in Charlottenburg ihr Unwesen. Sie hatte es auf Zigaretten und Zigaretten abgesehen und verichtete überall die schwerste Arbeit. Dem entsprach aber meistens auch der Wert der Beute. Die Verbrecher gingen von Kellern oder von Nebenräumen aus oft durch zwei und drei Decken und Wände hindurch. Trotzdem wurde in den Häusern von ihrer nächtlichen Arbeit nie etwas wahrgenommen. Die Ermittlungen und Beobachtungen der Dienststelle B. 4 der Kriminalpolizei ergaben, daß man es mit einer vierköpfigen Bande zu tun hatte, zu der auch eine Frau gehörte. Die Namen der Verbrecher aber waren immer noch unbekannt. Zuletzt erfuhren die Beamten, daß einer von ihnen in der Verbrecherwelt unter dem Spitznamen „Mügenbeker“ bekannt war. Bei Nachfragen in Lokalen stießen nun die Beamten auf einen großen Transportkoffer, den ein unbekannter Gast bei dem Wirt untergestellt hatte. Er enthielt Eindruckswerkzeug aller Art, besonders auch große Zentrumsbohrer, wie sie beim Durchbohren von Decken und Wänden die Einbrecher gebrauchen. Der Koffer wurde beschlagnahmt, und es ergab sich, daß er aus einer Zigarettenhandlung mitgestohlen worden war. Die Beamten beobachteten jetzt unauffällig das Lokal. Da erschien der Gast, der den Koffer untergestellt hatte, ohne daß der Wirt wußte, was er enthielt, um ihn wieder abzuholen. Er wurde festgenommen, und es war „Mügenbeker“, ein „schwerer Junge“, der mit seinem wirklichen Namen Alfred Rarrauhn heißt. Ein zweiter Mann von der Bande wurde, als er zur Abwechslung einmal einen Einbruch in ein Lebensmittelgeschäft in der Wallstraße verübte, auf frischer Tat überführt und ebenfalls festgenommen. Es ist ein ebenfalls schwer verurteilter 40 Jahre alter Otto Leopold. Der dritte Mann und die Frauensperson sind noch nicht ermittelt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Japfe im Polizeipräsidium.

Bei den Alt-Sängern beherrscht der Mai das Programm. Mite, vertraute Wesen bringt das bekannte Quartett Kies, Raumann, Martin und Becker. Und darauf folgen Quart und Becher sehr ausdrucksvoll und klug das Duett aus „Martha“. Das Volkstück „Die alten Berliner“ und die Burleske „Kauf der Stärke“ zeigen gute Situationskomik und erzielen großen Erfolg. Schorsch Ruffell zeigt sich von neuem als begabter Darsteller kleindarstellerischer Witzfiguren. Auch in diesem Monat erhalten die Erwerbslosen bei Vorzeigung der Inwohnen- und Stempelfarfe an den Tagen von Montag bis Freitag Ermäßigungsarten für 30 Pfg. an der Abendkasse.

Das neue Programm der Stettiner Sänger. Im Maiprogramm bringt das Reichshallen-Theater zwei Singspiele von Ferdinand Regal „Ein Orchesterstreit“ und „Deutscher Frühling“. Hinter dem letzten Titel vermutet man allerlei Schlimmes. Aber solche Erwartungen werden nicht erfüllt. Man singt viel von Liebe, Frühling, Rhein und Wein, harmlos und nette Dinge. Alle Trint- und Studentenlieder werden durch eine liebens-

würdige Handlung miteinander verknüpft, allerdings hätte man in diesem Potpourri auf Tannhäusers Benussied verzichten können, außerdem kommt doch zu viel Studentenromantik vor, aber man singt sehr schön, und Georg Rubin wie auch Kurt Zerner spielen die Frauenrollen. Ihre Stimmen erwecken wirklich den Eindruck von Altsimmen. Aus dem vorhergehenden Programm seien Paul Schweb und Martin Bauer als gute Humoristen erwähnt, die mit viel Schmitz und Wih ihre Charakters und Soloszenen zum Vortrag bringen. Sehr hübsch wirken die Quartette „Spinn, Spinn“ und „Sängerschnurren“. Man freut sich immer wieder über Zusammenklang dieser Stimmen.

„Geldschrankfreunde.“

10 000 Mark Beute. — Der qualmende Tresor.

Geldschrankeinbrecher haben sich in den letzten Tagen mit sehr verschiedenem Erfolg betätigt. Vom Nachbargrundstück her kam eine Kolonne, die es auf die Bureauräume der Baugesellschaft Malchow in der Lühowstraße 71 abgesehen hatte. Sie erbrach mit Gewalt die Bureautür und knackte kunstgerecht einen Geldschrank, in dem sie 10 000 Mark bares Geld als gute Beute fand.

Erhebliches Pech hatte dagegen eine andere Bande, die der Malerhütte G. m. b. H. in der Landsberger Allee einen unerbetenen Besuch machte. Hier bringen die Einbrecher in die am 2. Hof im 1. Stock gelegenen Geschäftsräume ein und machten sich daran, den Tresor aufzuschließen. Dabei geriet die Fällung der Zwischewände, die aus Schmal bestand, in Brand und entwickelte einen derartigen Qualm, daß die Einbrecher die Arbeit aufsehen und ohne Beute abziehen mußten. Als am Morgen die Angefallenen erschienen, waren sämtliche Räume dicht verqualmt und die Versuche, mit Wasser die schwellende Masse unschädlich zu machen, erwiesen sich als erfolglos. In beiden Fällen hat niemand etwas von den Knackern wahrgenommen. Mitteilungen erbittet die Dienststelle B. 6 der Kriminalpolizei. Zwei andere Geldschrankknacker wurden in einem Hause in Charlottenburg überführt, als sie den Hausflur scheinbar mit einer Bedürfnisanstalt verwechselt hatten. Der Förster hatte sie der Polizei übergeben. Auf der Renkestraße nannte der eine der Ertraptten sich „Kaufmann Wählen“. Nach Feststellung der Personalien wurden beide wieder entlassen. Erst am nächsten Morgen stellte der Förster fest, daß in Geschäftsräumen im Erdgeschoß ein Geldschrank einbruch verübt worden war. Der Verdacht, bei diesem Einbruch die Hand im Spiel gehabt zu haben, richtete sich nun gegen die beiden erwischten Schmutzfinken. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben bald, daß der zweite Mann einen falschen Namen angegeben hatte, die Personalien des ersten aber stimmten. Er wurde in der Kleinen Andreassstraße aufgespürt und festgenommen. Wählen und sein Helfersbeiler — den er sehr natürlich nicht mehr kennen will — hatten den Geldschrank zu knacken versucht, waren aber dabei gestört worden. Sie hatten nicht daran gedacht, daß man sie wegen ihres Betragens im Hausflur ebenfalls zur Rechenschaft ziehen würde. Der Komplize des Festgenommenen wird weiter gesucht.

Ein Stahlhelmbrief.

Vor uns liegt ein Brief, den ein wackerer Stahlhelmmann kurze Zeit vor dem „Kronjubiläum“-Tag an seine Berliner Verwandten geschrieben hat. Die Verwandten hatten ihm abgeraten, an der „Eröberung Berlins“ teilzunehmen, und ihn darauf hingewiesen, daß der Besuch des Stahlhelms in der proletarischen Reichshauptstadt unerwünscht sei. Der Stahlhelmmann aus Kremberg bei Ahrensburg aber antwortet:

„Deshalb gehe ich doch mit. Ich liege nun in Köpenick in Standquartier. Doch die Kommunisten doch Rabau machen, soviel sie wollen. Davon schrecken wir nicht zurück. Das ist ja nur die Angst, weil sie fürchten, daß wir die Oberhand bekommen. Wir werden ruhig kommen und auch ruhig wieder gehen. An der Kasse werden sich die Kommunisten schon nicht vergreifen. Na, und wenn sie es tun, dann werden sie aber Sengen bekommen, wie sie noch nicht bekommen. Nur wenn sie in zehn- bis fünfzehnfacher Ueberzahl sind, dann haben sie das Maul auf, sonst sind sie zu feige. Ich hätte Euch ja gerne mal besucht, aber ich werde wohl keinen Urlaub dorthin bekommen. Sonnabend abend sind wir im Stadion zum großen Zapfenstreich. Das wird aber großartig. Und Sonntag ist dann der Parademarsch. Dann heißt es aber die Knochen zusammenreißen. Wir müssen dann nämlich so gute fünf Stunden marschieren. Aber das muß man können.“

Echte Stahlhelmedeologie! „Die Oberhand bekommen“, „Sengen bekommen“, „keinen Urlaub“, „die Knochen zusammenreißen“, — der Kompottelhorizont eines rechten und echten Keinen Kommunisten!

Reichswohnungszählung.

Am 16. Mai 1927 findet auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes eine Wohnungszählung statt, deren Ergebnisse für die künftige Wohnungspolitik von entscheidender Bedeutung sein werden. Die zur Verwendung gelangenden Zählpapiere bestehen aus einer Grundstückskarte und einer Wohnungskarte, deren Ausstellung und Wiedereinbringung durch die von der Gemeindebehörde hierzu bestellten ehrenamtlichen Zähler (in Berlin und anderen Großstädten die Hausbesitzer oder deren Vertreter) besorgt wird. Die Grundstückskarten sind vom Hauseigentümer oder seinem Vertreter auszufüllen, die Wohnungskarten von jedem Hauptinhaber einer selbständigen Wohnung, also nur von Personen, die die Miets unmittelbar an den Hauswirt oder dessen Vertreter zahlen. Untermieter erhalten keine Wohnungskarte, sondern sind in der Wohnungskarte des Hauptinhabers der Wohnung mitaufzuführen. Neben der Reichswohnungszählung, die sich im allgemeinen auf die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern beschränkt, geht noch eine besondere Feststellung der Wohnungsuchenden einher, die in sämtlichen Gemeinden auf Grund besonderer Meldebogen erfolgt. Eine Zustellung durch die Zähler der Reichswohnungszählung findet nicht statt; die Meldebogen sind vielmehr von den Wohnungsuchenden bei der durch öffentliche Bekanntmachungen bezeichneten Stelle in Empfang zu nehmen und daselbst nach Ausfüllung wieder abzugeben.

Ein schweres Baunglück ereignete sich auf dem Erweiterungsbau des St. Johannishospitals in Hamburg. Zwei Arbeiter, die mit dem Abmontieren eines Giebturmes in etwa 40 Meter Höhe beschäftigt waren, stürzten in die Tiefe. Sie erlitten derart schwere Verletzungen, daß sie kurz nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus starben.

Der Gastwirt Max Wehle, Gerichtstr. 12/13, der sehrgehntelung Mitglied unserer Partei ist, bittet uns mitzuteilen, daß das Gerücht, er habe Stahlhelmer beherbergt, selbstverständlich jeder Grundlage entbehrt.

Milge und Ernährung des Säuglings. Am Donnerstag dem 9. Juni, beginnt im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frontstr. 3, ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem alles das gelehrt wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt vier Doppelstunden, jeweils Donnerstags von 8—5 Uhr. Die Eintrachegebühr von 8 M. ist im Kursusgebühren der Kassa zu entrichten (Polizeidirektion Berlin 12 860).

Freiwillige Gemeinbe. Sonntag vorm. 11 Uhr, Doppelallee 18. Vortrag des Herrn Dr. K. Stamm: Das Reichslied der Aufklärung. Carnationum: Gabelre aus „Krausbadur“ (Werd). Gäste willkommen.

Das Fest der Berliner Kriminalpolizei im Volkspark mit dem Beibehalten „Der sind die Drei“ ist wegen der unbedingten Witterung von diesem Sonnabend (14. Mai) auf nächsten Sonnabend, den 21. Mai, verlegt.

Ordner für proletarische Feiern. Die Ordner treffen sich, wie verabredet, heute, Sonnabend, 4 Uhr, in der Bibliothek, Lindenstr. 8, 2. Hof 2. Et.

Schwere Zeiten für die böhmische Industrie.

Auswanderung infolge der Zollpolitik.

Die nordböhmische Industrie, einst einer der wichtigsten Plätze des alten Oesterreichs, kämpft seit Jahren um ihren Platz in der Wirtschaft. Unter Zugrundelegung des alten Abgabengebietes waren in Nordböhmen Fabriken an Fabriken entstanden. Nach dem Kriege fehlten die Abgabengebiete oder sie sind durch unmögliche Zölle verbaut worden.

Schwer zu leiden hat namentlich der Wornsdorfer Platz mit seiner Textilindustrie. Schon vor Jahr und Tag sind daher Betriebsstilllegungen erfolgt, einzelne Fabriken stehen ganz still, andere arbeiten nur wenige Tage und einige Firmen sind bereits ausgemindert. So bietet namentlich Ungarn, früher einer der Hauptabnehmer der Wornsdorfer Hofenzeuge, ein gutes Feld für die Neuanlage von Fabriken. Ein Teil der Maschinen wanderte mit aus, und tüchtige Fachmänner sorgen für Schaltung neuen Personals an den neuen Standorten. In den letzten zehn Jahren haben zudem viele Fabriken ihre Besitzer gewechselt. Von den alten Firmen, die aus der alten Handweberei stammen und ein letzter Rest gutbürgerlichen Aufschwunges waren, sind die meisten in andere Hände gegangen. Gerade mit Anfang Mai wechselt wieder eine große Weberei ihren Besitzer, ein hochmoderner Betrieb, der das Lebenswerk eines Mannes darstellte, der es vom Handweberei bis zum Fabrikanten gebracht hatte. Neben der Wornsdorfer Textilindustrie hatte auch die allberühmte Samtindustrie zu leiden, bis es jetzt zur Bildung des weltbeherrschenden Konzerns der Belpoetfabriken Berliner Samtfabrik-Lindnerfamiliefabrik und G. A. Fröhlich Sohn L. O. in Wornsdorf-Bien gekommen ist. Sehr schlimm steht es um die berühmte nordböhmische Glasindustrie. Der Gablonzer Platz, wo eben die Kämpfe um Schließ- oder Brechglas (Schmirgelware) auf Leben und Tod ausgefochten werden, zählt bereits Tausende von Arbeitslosen. Nicht besser geht es der bekannten Glasindustrie des Halba-Steinböhmener Gebietes. Die nordböhmische und angrenzende sächsische Blätter- und Kunstblumenindustrie hat furchtbare Zeiten hinter sich und rafft sich erst in den letzten Wochen etwas auf, seitdem die Mode wieder Blumen bevorzugt. Da alle diese Industrien in Nordböhmen auf einen engen Raum zusammengepreßt sind, gibt es hier seit Jahr und Tag zahlreiche Arbeitslose. Weil die Unterstützungen durch das Genet System nicht zureichen, mußten die Städte und Gemeinden, obwohl finanziell überlastet, die Arbeitslosen unterstützen. Es ist daher kein Wunder, daß sich die Augen vieler Arbeitsloser nach dem Auslande wenden, das aber infolge der Ruffbestimmungen für Arbeitsuchende so schwer zu erreichen ist. Wer es irgend aufbringen konnte, hat versucht, in anderen Weltteilen eine neue Existenz zu begründen. So ist die Auswanderung aus Nordböhmen in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Man hat aber nicht Süd- und Nordamerika gewählt, sondern hat sich nach Australien gewandt, wo die Verhältnisse ganz anders als in Amerika liegen und als günstig zu bezeichnen sind. Das Hindernis für die Auswanderung liegt hier nur in den unerschwinglichen Preisen für die Ueberfahrt. Immerhin ist aus Briefen Ausgewandelter an ihre Angehörigen zu entnehmen, daß es den Seuten in Australien möglich ist, nicht nur gut durchzukommen, sondern in zwei oder höchstens drei Jahren sich Haus und Grund zu erwerben und so viel zu verdienen, daß sie ihre Familien nachkommen lassen können. Auch jetzt sind wieder Nordböhmen nach Australien gegangen. Aus den Briefen geht hervor, daß gerade der deutsche Fleiß und die deutsche Arbeitskraft sehr geschätzt wird. Die klimatischen Verhältnisse sind sehr günstig, die wirtschaftlichen Umstände ebenfalls. Für die nächsten Jahre steht es, wenn nicht eine ganz andere Zoll- und Wirtschaftspolitik in der Reichsregierung einlezt, um die nordböhmische Industrie nicht allmählich aus und wenn nicht in diesen Betrieben eine völlige Umstellung möglich ist, wird die Auswanderung eher zu unterstützen als zu unterbinden sein.

Zusammenbruch!

Der Prozeß gegen Dr. rer. pol. Kaufmann.

Dresden, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der weltbekannte Textilindustrielle und bulgarische Generalkonsul a. D. Dr. rer. pol. Wilhelm Kaufmann steht in Dresden, wo er in der Gesellschaft eine führende Rolle spielte, vor Gericht. Er stammt aus armer Familie, besuchte die Volksschule, hat aber während des Krieges ein sehr großes Vermögen erworben und war schließlich an 27 großindustriellen Unternehmungen des In- und Auslandes beteiligt. Nach dem Kriege gingen seine Unternehmungen mehr und mehr zurück. Schließlich geriet er in Konturs und ist nun wegen vollendeten und versuchten Betruges, eventl. wegen Unterschlagung, angeklagt. Kaufmann soll noch als Schuldner übermäßigen Aufwand getrieben, Gläubiger begünstigt und sein Vermögen mit 11 Millionen Mark angegeben haben, während es nach den Geschäftsbüchern nur 2,3 Millionen Mark betrug. Interessant ist, daß sich Kaufmann Titel und Orden mit seinem Gelde kaufen konnte, und zwar nicht nur im Auslande, sondern auch in Deutschland. Den Titel eines Dr. rer. pol. erhielt er für namhafte Zuwendungen an die Universität Tübingen, und weitere Zuwendungen brachten ihm den Titel eines Senators der Technischen Hochschule in Dresden ein. Kaufmann wurde ferner Kurator des deutschen hygienischen Museums, dem er bedeutende Zuschüsse leistete. Vorstandsmittglied des Verbandes sächsischer Industrieller und Vorsitzender des Forschungsinstituts für Textilindustrie. Er beabsichtigte u. a. auch die Herbeiführung einer Verlegung des Reichswirtschaftsmuseums nach Dresden und sagte

dafür eine hohe Summe zu, die er aber nur zum Teil bezahlte. Eine seiner Absichten ging dahin, Ehrendoktor der Technischen Hochschule in Dresden zu werden. Im Jahre 1922 trat Kaufmann eine lange Reise nach Bulgarien an, wo er wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung in Sachsen und wegen seiner Pläne in Bulgarien ohne Gegenleistung zum Generalkonsul ernannt wurde. Es wurde ihm ferner die Erwerbung des italienischen Grafentitels nahegelegt. Gegenleistung sollte eine bedeutende Stiftung sein. Was Kaufmann nach alles mit seinem Gelde schaffte, das wird der Prozeß, der mehrere Tage dauern dürfte, noch weiter ergeben.

Der Küstensegelflug-Wettbewerb.

Keine Segel-Streckenflüge über 35 und 45 Km.

Rosffliten, 12. Mai. (Eigener Bericht.)

Der gestrige Flug des ostpreussischen Volksschullehrers Ferdinand Schulz auf dem Emdeder „Westpreußen“ des Westpreussischen Vereins für Luftfahrt Marienburg, mit dem er eine Strecke von 35 Kilometer der Küste entlangsegelte, hatte zur Folge, daß auch der rührige Darmstädter Rehring zum Start ging mit der Absicht, die Schulz'sche Leistung zu überbieten. Er startete auf dem Emdeder „Roemynke Berge“ des Niederrheinischen Vereins für Luftfahrt Barmen ebenfalls von der niedrigen Bordüne am Offseestrand und verließ die Startstelle in südlicher Richtung entlang der Düne. Es gelang ihm tatsächlich, den Flug von Schulz zu überbieten. Er landete bei Reutuhren und hat mindestens 45 Kilometer zurückgelegt (der Rehring ist nach mit der genauen Vermessung der Strecke befaßt). Mit beiden Flügen, sowohl von Schulz als auch von Rehring, ist der bisher von dem Italiener Dr. Catalano gehaltene Weltrekord von 10 Kilometer ganz wesentlich gebrochen worden. Wenn auch der Volksschullehrer Rehring im vergangenen Jahre in der Rhön eine Strecke von 55,2 Kilometer zurücklegte, welcher Flug ihm seinerzeit eine lobende Anerkennung des Innenministers Severing eintrug, so konnte dieser Flug doch nicht als Weltrekord anerkannt werden, da damals Deutschland noch nicht wieder Mitglied der Fédération Aéronautique Internationale, der obersten internationalen Flug-sportbehörde, war. Das Wesentliche und Grundlegende bei dem Flügen von Schulz und Rehring ist die Tatsache, daß diese Flüge über der durchschnittlich nur 10 Meter hohen Seebüne aus erfolgten, sich keinerlei Höhenverluste ergaben, sondern es sich um Segelflüge reiner Art handelt. Dem hingegen erfolgte der Rehring'sche Flug von der 850 Meter hohen Wassertrappe aus und führte nach dem Tal. Daß ein Segeln über der niedrigen Bordüne am Offseestrand durchaus möglich ist, hat dieser Wettbewerb zweifelsfrei ergeben, und damit ist die Forschung in dem zum Segelflug günstigen Gelände um ein weiteres Stück nach vorwärts gebracht worden. Bezüglich des reinen Segelfluges ohne Höhenverlust hat Rosffliten bisher wertvolle Ergebnisse gezeigt.

Englisches Militärflugzeug abgestürzt.

London, 12. Mai. (U.) In der Grafschaft Berkshire stürzte heute ein englisches Militärflugzeug ab. Der Führer war sofort tot.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Nach ziemlich kühl, wechselnd bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, mäßige nordwestliche Winde. Nachtrostgefahr besteht fort. — Für Deutschland: Ueberall weiterhin ziemlich kühl, im Osten leichte Schauer, sonst keine wesentlichen Niederschläge.

Funkwinkler.

In dem Jgklus 200 Jahre Orchestermusik wurde den Funkhörern diesmal ein außerordentlich schöner, von Bruno Seidler-Winkler dirigierter Brahms-Abend beschied, der die Orchestervariationen über ein Thema von Haydn und das reife B-Dur-Konzert brachte, das in Professor Frédéric Samond einen eindringlichen Interpreten fand. Der Nachmittag bot eine Stunde bulgarischer Musik, die besonders in den recht primitiven Volkswesen interessant war. Ausschlaggebend wäre es freilich noch gewesen, wenn man sie statt auf dem dafür wenig geeigneten Klavier auf Originalinstrumenten gehört hätte. — Dr. Hans Zbinden - Zürich beleuchtete in dem Vortrag „Das Rätsel des menschlichen Geistes“ Robert Maria Holzgapsels in Nichtsachtreisen leider recht unbekannte Moralforschung, die doch imstande wäre, zu einem fruchtbareren Menschenverständnis und damit zur Weiterentwicklung der Menschheit beizutragen. Professor Dr. Max Rüttner definierte in dem Jgklus „Das geistige Band der westeuropäischen Völker“ deutsches und englisches Wesen und zeigte, daß die Sehnsucht nach fremder Art wie nach fremder Landschaft tief im deutschen Volk verankert ist, während die englische Lebensführung einem durchaus entgegengelegten Ziel nachgeht: immer englisch zu sein. Der Präsident der Deutschen Bühnengemeinschaft, Karl Wallauer, umriß als Einführung der Eröffnung der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg die Geschichte des deutschen Theaters und seiner Darsteller. Das Thema „Der Schmerz — unser Freund und Feind“ behandelte Dr. Georg Zehden. Der Vortragende ging dabei auch ausführlich auf die Methoden der Schmerzbelämpfung ein, die sich in größerem Umfange erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt haben, und berichtete von den ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Entdecker der Rarole zu kämpfen hatten, ehe der Segen schmerzloser Operationen der Menschheit zuteil wurde. Les.

Gesundheitspolitik und Kommunalwirtschaft

In allen Zweigen der Medizin und Hygiene kommt man immer wieder zu neuen Erkenntnissen, zu oft ungeahnten Aufgabenstellungen. Niemand kann mehr das Gesamtgebiet medizinischen Wissens „beherrschen“. Jeder leitende Gesundheitsbeamte muß aber „taufend informiert“ und dazu mit einem kritischen Blick ausgestattet sein, wenn er nicht im Reiche seines Wirkens Schaden anrichten soll. Es gilt für ihn, das medizinisch-hygienische Schaffen sorgsam zu beobachten, um dauernd eine gute Uebersicht über die Heilkunst (im weitesten Sinne) zu besitzen und im Rahmen der Arbeit der Gesundheitsverwaltung jeden Fortschritt zum Nutzen der Bevölkerung organisatorisch zweckdienlich auszuwerten.

Ebenso nötig für ihn ist eine genaue Uebersicht über die Entwicklung der anderen Zweige der städtischen Verwaltung; denn medizinisch-hygienische Fragen spielen hier eine große Rolle, und ihre Vernachlässigung rächt sich bitter. Jeder Kommunalhygieniker ist zwar mitunter „unbequem“. Ist doch sein Ressort kein peinlich abgegrenztes, rein „technisch-sachliches“ Arbeitsgebiet. Bei der großen Bedeutung der kommunalen Hygiene und der kommunalen Medizin für die städtische Gesamtverwaltung und die gesundheitliche Wohlfahrt der Bevölkerung dürfen indes solche Erwägungen keinerlei Berücksichtigung erfahren. Wie sehr heute die kommunale Gesundheitsverwaltung die Arbeit auf anderen städtischen Verwaltungsgebieten — oft richtunggebend — beeinflussen kann, mögen einige Beispiele erläutern.

Wohnungsbau und Siedlungswesen vermögen für die Gesundheit der Bevölkerung sicherlich sehr viel Gutes zu stiften. Vom Standpunkte der Kommunalhygiene wird man nun rechtzeitig dafür zu sorgen haben, daß bei der Aufstellung größerer Bauungspläne nicht nur geeignete Plätze für Krankenhäuser und Badeanstalten, sondern auch Gelände zur Schaffung von Einrichtungen der „ergänzenden Wohnungsfürsorge“, wie Krippen, Hort, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Entbindungshäuser, sowie von Lustbädern, Freibassins, Erholungsgärten und Sport- und Spielplätzen in Aussicht genommen werden. Solche Forderungen wollen aber stets früh „angemeldet“ sein, damit sie bei der Aufschließung des Geländes berücksichtigt werden können.

Viele Städte, so auch Berlin, besitzen zahlreiche Gärten. Die Frage der Dauer einer Verpachtung der Gärten hängt eng zusammen mit der Gestaltung der — Irrenpflege. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, für die Irren zu sorgen. Die Unterhaltung der Pflegeanstalten, in denen sich die Irren befinden, kostet sehr viel Geld. In den nördlichen Staaten hat man mit gutem Erfolg zahlreiche Irren in ländlicher Gegend in kleinen Kolonien, gewissermaßen in „Pflegefamilien“, untergebracht und mit gutswirtschaftlichen Arbeiten verschiedener Art beschäftigt. Diese Kolonien erhalten sich selbst, oder erfordern nur ganz geringe Zuschüsse. Warum sollte man nicht eine solche produktive Irrenfürsorge auch auf den Berliner Stadtgärten treiben und dadurch sehr bedeutende Geldmittel, die jetzt für Anstaltsirrenpflege ausgegeben werden, einsparen können? Im Nordosten Berlins plant man großzügige Erweiterungen des Schlacht- und Viehhofs. Welche Anlagen sollen der Aufbewahrung des Gefrierfleisches dienen. Viele behaupten nun, das Gefrierfleisch sei dem Frischfleisch als Nahrung gleichwertig. Man rechnet die Kalorienzahl vor. Doch da wird der Mediziner stuhig, wenn er an die neuesten Arbeiten des Professors Friedberger denkt, nach denen die Größe der Kalorienzahl keineswegs mit dem „Anschlagswert“ der Nahrung gleichbedeutend ist; vielmehr spielt der Grad der Erhitzung eine bedeutsame Rolle. Warum sollten nicht auch diese Kaloriengrade den Anschlagswert der Nahrung arg herabzusetzen vermögen?

In Nordamerika beobachtet man, daß weißes Fleisch immer mehr bevorzugt wird. Neben Kalbfleisch werden Hühner stark begehrt, diese Fleischsorten sind „leichter“ verdaulich. Vom Standpunkte der Ernährungswissenschaft ist gegen diese nordamerikanischen Befestigungsmanieren kaum etwas einzuwenden. Möglicherweise handelt es sich bei dieser Nahrungsauswahl um Auswirkungen der heute auf der ganzen Welt sich ausbreitenden Körperkulturbewegung, die im übrigen den vernünftigen Genuß von Obst und Gemüse ganz sicher mitveranlaßt hat. Derjenige ist wahrscheinlich kein schlechter Prophet, der den Rückgang des Rindviehs und Schweinefleischens, eine erhebliche Vermehrung des Federviehs und einen gewaltigen Anstieg des Gemüse- und Obstkonsums für Deutschland voraussetzt. Solche Entwicklungen, die für das Gesundheits- und Ernährungsweisen von höchster Bedeutung sind, verdienen aber auch die Organisation von Zufuhr, Lagerung, Bereitstellung und Bereitung des großstädtischen Nahrungsmittelbedarfs maßgeblich zu beeinflussen.

Und wie steht es mit der Wochenendbewegung? Nun, es kann gar kein Zweifel darüber aufkommen, daß man sehr bald einfach gezwungen sein wird, eine ganze Reihe gesunder Einrichtungen, insbesondere Bade- und Waschgelegenheiten, in den ländlichen, oft recht unhygienischen (!) Gegenden zur Benutzung für die großstädtischen Wochenendgäste zu schaffen, das städtische Rettungswesen ebenfalls über die kommunalen Grenzen hinaus — zu Lande und auf den Gewässern — auszubauen und der Wandererfürsorge erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Es gibt kaum einen Zweig der städtischen Verwaltung, in dem nicht kommunalhygienische Fragen — gerade in der heutigen Zeit — ernstlichste Beachtung verdienen. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Organen der Gesundheitsverwaltung ist hier dringend am Platze, nicht zuletzt im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung! Grob sind aber auch in der Jetztzeit die uralten Aufgaben des kommunalen Gesundheitswesens, besonders auf den Gebieten der Gesundheitsfürsorge und der Krankenversorgung, von denen in einem zweiten Beitrag die Rede sein soll.

fein

Braun echt Boxkalf-Dreil-Oesenschuh mit amer. Abs. 12⁵⁰
Derselbe mit L. XV - Absatz 13⁵⁰

Grau Roh-Chevreau, bordiert, mit geschweiftem Absatz 8⁹⁰
Hellbraun Roh-Chevreau, Seitendurchbruch mit am. Absatz 7⁹⁰

Hellgrau echt Chevreau - Stiepgangenschuh mit L. XV. Absatz 10⁹⁰

Herrn-Halb-schuh, braun Rindbox, mo-derner Schnitt 11⁵⁰

Herrn-Halb-schuh, braun, in äußerst gefälliger Aufmachung 12⁵⁰

Braun echt Boxkalf-Span-genschuh mit amerik. Absatz 12⁵⁰
Derselbe mit L. XV - Absatz 13⁵⁰

150 eigene Verkaufsstellen, davon 20 in Groß-Berlin u. Potsdam:

C. Spittelmarkt 15	N. Friedrichstr. 180	SW. Friedrichstr. 240-41
C. Rosenthaler Str. 14	N. Mollerstr. 3	Neukölln, Bergstr. 30-31
W. Schillerstr. 16	N. Brunnenstr. 37	Potsdam, Brandenburger
W. Potsdamer Str. 80	N. Danziger Str. 1	Strasse 54
(an der Kurfürstenstr.)	O. Andrastr. 80	Charlottenburg, Wilms-
NW. Turmstr. 41	O. Frankfurter Allee 22	dorfer Straße 122 23
NW. Wilsnacker Str. 22	SO. Oranienstr. 2a	Friedenau, Rheinstr. 67
NW. Beusselstr. 20	SO. Wrangelstr. 49	

Tack & Co A-G
b. Magdb

Werra-Strümpfe
bewährte Qualitäten
in allen Farben

Von der Krise zur Hochkonjunktur.

Lage, Beschäftigung und Politik der Textilindustrie.

Die deutsche Textilindustrie hatte im vergangenen Jahre eine Arbeitslosigkeit und Absatzrückgänge zu verzeichnen, wie sie in solchem Ausmaß kaum jemals einen Industriezweig betroffen hatten. Die schwere Krise kam um so unerwarteter, als für die Textilindustrie im Gegensatz zur Produktionsmittelindustrie gute Absatzmöglichkeiten vorlagen, weil die notwendige Ergänzung der in der Inflation verbrauchten Kleidungs- und Wäschebestände der Massen auf Jahre hinaus einen guten Inlandsabfah sichern konnte. Die rückwärtslose Preis- und Kartellpolitik der Textilunternehmer selbst, die verteuerten Textilien, schließlich die Wirtschaftskrise mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit haben die Ausnutzung der an sich günstigen Situation unmöglich gemacht.

Konjunkturminderung und Beschäftigung.

Mit dem Sommer 1926 trat allgemein eine Wendung zum Besseren ein, die sich bis zum Jahresende zu einer lebhaften Konjunktur entwickelte und im ersten Quartal 1927 zu einer regelrechten Konjunkturhaupte in allen Zweigen des Textilgewerbes ausmachte. Am klarsten zeichnet sich die Entwicklung vom Höhepunkt der Krise bis zum heutigen Konjunkturstand im Beschäftigungsgrad ab. Die Zahl der Vollbeschäftigten, Kurzarbeiter und Arbeitslosen betrug in Prozent der organisierten Belegschaften:

Zeitraum	Vollbeschäftigte in Prozenten der Belegschaft	Kurzarbeiter in Prozenten der Belegschaft	Arbeitslose in Prozenten der Belegschaft
April 1926	27,5	52,2	20,0
Mai 1926	29,1	50,9	19,9
Juli 1926	40,1	41,4	18,4
Oktober 1926	67,4	21,0	11,6
Dezember 1926	77,5	12,5	10,0
Februar 1927	83,5	8,5	8,0

Im März stieg die Zahl der Vollbeschäftigten des Textilarbeitersverbandes auf annähernd 88 Proz. und hat sich im April auf 90,3 Proz. weiter erhöht.

Steigende Gewinne auch im Krisenjahr.

Sind somit die Textilarbeiter nach den vorliegenden Arbeitsmarktberichten durch die Krisenperiode auf das Schwere betroffen worden, so lassen die vom Januar bis April 1927 veröffentlichten Jahresabschlüsse von Textilunternehmen überraschenderweise nichts von den Verlusten spüren, welche die Industrie angeblich erlitten haben soll. Von 48 Industrieunternehmen, deren Bilanzen für 1926 uns vorliegen, wird eine Durchschnittsdividende von 9,8 gegenüber 9,6 Proz. im Jahre 1925 gezahlt. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß das Jahr 1925 bis auf die letzten zwei Monate von den Unternehmern selbst als ein durchweg gutes Geschäftsjahr angesehen wird, während im vergangenen Krisenjahr noch im Oktober ein Drittel der Industrie unterbeschäftigt war. Einige Beispiele für die trotz der Krise erhöhten Gewinne: Die Hauptkettenspinnerei und Weberei in Augsburg meldet für 1926 Vollarbeit in den Betrieben erst vom Juli ab, der Bruttogewinn betrug 1,88 Mill. Mark, mehr als das Aktienkapital von 1,68 Millionen. Die Spinnerei und Weberei Kottbom schränkte bis August ein und zahlte trotzdem ihren Aktionären 12 Proz. Dividende. Die Bremer Wollkammerei A.-G. hat bis Juni 1926 nur unter größten Einschränkungen den Betrieb aufrechterhalten, hat aber ihren Rohgewinn um 50 Proz. und die Dividende von 6 auf 8 Proz. erhöht. Von 14 Gesellschaften süddeutscher Baumwollspinnerei und Weberei schüttelten sieben eine Dividende von 12 Proz. aus, drei Dividenden von 10 Proz., während die Dividende der restlichen vier Unternehmen nahe an 10 Proz. heranreicht. An dem überraschend guten Durchschnittsergebnis ändern auch die wenigen ungünstigen Abschlüsse nichts.

Die neue Lage.

In den letzten Lageberichten, die beim Deutschen Textilarbeiterverband einliefen, wird übereinstimmend ein Fortgang der Hochkonjunktur herangezogen. Die Baumwollspinnereien sind für das nächste Halbjahr ausverkauft, in den Webereien liegen teilweise sogar Abschlüsse bis Februar 1928 vor. Die Kammgarn- und Wollstreichgarnindustrie berichtet von außerordentlich starker Beschäftigung, zu deren Bewältigung Doppelschichten eingelegt werden mußten. In der Juteindustrie waren Ende März 83,1 Proz. sämtlicher Feinspindeln und 78,1 Proz. Webstühle in Betrieb gegenüber 69,6 bzw. 68,4 Proz. im September vergangenen Jahres. Wenn jetzt noch einige Betriebe, darunter das große Bauhener Werk mit mehr als 1000 Mann Belegschaft, gänzlich stillliegen, so ist dies besonders auf die Preispolitik und die Produktionsregelung des Juteindustrials zurückzuführen. Die Klagen der Juteindustrie über schlechte Preise waren eine grobe Irreführung, denn Ende 1926 stand Rohjute 10 Proz. niedriger als 1913, dagegen wurde Jute garn um fast 25 Proz. und Jute gewebe um 13 Proz. höher notiert. Die Berechnung des Deutschen Textilarbeiterverbandes über die Prozentzahl der beschäftigten Maschinen bedeutet keine 40prozentige Produktions Einschränkung,

die in Wirklichkeit nur die Beschäftigung geringer erscheinen lassen soll.

Der Rohstoffverbrauch beleuchtet die Konjunktur besonders deutlich. Die Zusammenstellung der Internationalen Baumwollkonvention ergibt für das Baumwollhalbjahr August bis Januar einen Mehrverbrauch von 591.000 Ballen, wovon 404.000 Ballen auf Europa entfallen. Während England an dem Mehrverbrauch nur mit 40.000 Ballen beteiligt ist, hat Deutschland mit 702.000 Ballen einen Mehrverbrauch von 201.000 Ballen, das sind 40 Proz. über den Stand des Vorhalbjahres, aufzuweisen. Auch auf den Wollmärkten ist Deutschland der aktivste Käufer, wobei die Höhe der Bestellungen darauf schließen läßt, daß die deutsche Textilindustrie sich nicht mehr für unmittelbaren Bedarf eindeckt, sondern Käufe auf weite Sicht vornimmt, um sich von den Preischwankungen auf den Rohstoffmarkt unabhängiger zu machen.

Kurzfristige Profitwirtschaft der Unternehmer.

Aus den Erfahrungen des Krisenjahres scheinen die Textilunternehmer aber kaum lernen zu wollen. Die im Arbeitslohn erhaltene Kaufkraft ist für das Gelingen der Textilindustrie entscheidend. Die deutsche Textilindustrie insbesondere ist auf Gedeih und Verderb mit dem deutschen Inlandsmarkt verbunden, und da die Käuferkraft zu 80 bis 90 Proz. aus kleinen Einkommensempfängern besteht, muß sich jede Lohnkürzung auch in allen anderen Industrien unmittelbar gegen die Textilindustrie wenden.

Anstatt jedoch die Kaufkraft durch angemessene Löhne zu steigern und die Zahl der Verbraucher durch vermehrte Beschäftigung zu erhöhen, hat im Laufe des Konjunkturabwärtens eine Ueberstundenwirtschaft und Antreiberei Platz gegriffen, die jeder Beschäftigung spottet. Nach den Distriktsberichten zu urteilen ist in den Baumwollwebereien die 60-Stunden-Woche keine Seltenheit und im Aulbacher Bezirk ist für die dortigen Webereibetriebe sogar die 61stündige Arbeitszeit von der Regierung zugelassen worden. Entsprechendes gilt in der Lohnpolitik. In Schlefien ist es zwar dem geschlossenen Auftreten der organisierten Arbeiterschaft gelungen, einen Sprozentigen Lohnzuschlag zu erkämpfen, aber in Ostfriesland hat die Unternehmerhaft die durch den Schlichter festgesetzte 7 1/2prozentige Lohn-erhöhung mit einem Herunterdrücken der Akkordsätze beantwortet, so daß eine Besserstellung der Arbeiterschaft von vornherein zunichte gemacht wurde. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß der Mangel an Facharbeitern in der Textilindustrie immer größer wird, und wenn die Unternehmer darüber klagen, daß der auswandernde Facharbeiter die ausländische Konkurrenz stärke und sie selbst gezwungen sei, Arbeiter aus anderen Berufsgruppen anzulernen, so hat die Textilindustrie das ihrer engstirnigen Geschäfts- und Lohnpolitik zu danken.

Wirtschaftspolitische Irrwege.

So erfreulich an sich das Ansteigen des Exports von Textilwaren um 13,5 Millionen im Februar und 15,1 Millionen im März ist, so zeugt doch die Feststellung des Vorstehenden aus dem Verbandsbericht der sächsischen Textilindustriellen, die deutsche Textilindustrie sei heute wie immer auf den Export angewiesen und man dürfe sich nicht auf die steigende Kaufkraft des Inlandes verlassen, von einer gänzlichen Verkenntung der Tatsachen. An der Verengung des Weltmarktes nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Textilindustrie ist nicht mehr zu rütteln. Japan hat im vergangenen Jahr von der eigenen Industrie 2,8 Millionen Ballen Baumwolle verarbeitet lassen und damit die Produktion von 1925 verdoppelt, die chinesischen Spinnereien, die 1913 über eine Million Spindeln verfügten, ließen bereits 1925 die vierfache Anzahl in ihren Betrieben laufen. Indien ist gleichfalls auf dem Wege, den Textilbedarf seiner Bevölkerung durch die eigene Industrie zu decken und hat im vergangenen Jahr fast 3 Millionen Ballen Baumwolle selbst verarbeitet. Die erst während des Krieges hochgezüchtete Wollindustrie Argentiniens verjagt heute bereits die meisten südamerikanischen Armeen und lechzt nach Australien dazu übergegangen, seine Wolle selbst zu verarbeiten, jowie fertige Konfektion zu exportieren.

Diese schnell fortschreitende Industrialisierung der überseeischen Länder und die damit notwendig verbundene Absatzbeschränkung der europäischen Textilindustrie kann einzig und allein durch eine restlose Ausnutzung des Inlandsmarktes ausgeglichen werden. Kein Dumping, keine noch so verzweigte Verkaufsorganisation im Ausland wird je in der Lage sein, diese Entwicklung in Uebersee aufzuhalten. Da die Unternehmerhaft diese klaren Zusammenhänge nicht erkennt oder nicht erkennen will, und daher auch nicht die notwendigen Konsequenzen für ihre Lohnpolitik zu ziehen gewillt ist, müssen die Gewerkschaften mit allen Mitteln die Erhöhung der Massenkauftkraft erzwingen. Die Textilarbeiterschaft auf Dauer zu beschäftigen, eine neue Krise zu verhindern, gibt es vorerst keinen anderen Weg.

R. B.-e.

würde im Ruhrgebiet und Westfalen eine empfindliche Mehrbelastung der Arbeitnehmer bedeuten, andererseits die Ausdehnung des Verbrauchs auf jene Kreise, die bisher aus Abneigung oder wegen Mangels an Ware kein Gefrierfleisch genossen haben, verhindern. Auch für dieses Geschenk der Rechtsregierung wird sich die Arbeiterschaft bedanken!

Die Konsumgenossenschaft Berlin im April. Neue große Umsatzerhöhung.

1267 Neuaufnahmen im April ließen die Konsumgenossenschaft Berlin einen Mitgliederbestand von 150.413 erreichen. In den zehn Monaten des laufenden Geschäftsjahres sind nunmehr 17.280 neue Mitglieder gewonnen worden. Der Aprilumsatz belief sich auf 3.773.029,07 M., gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist eine Steigerung um 688.597,46 M. oder um 33,1 Proz. zu verzeichnen, eine Umsatzerhöhung, die in ihrer jähermäßigen Höhe noch in keinem Monat des Geschäftsjahres 1926/27 vermerkt werden konnte. Bemerkenswert ist, daß die Warenhäuser verstärkten Anteil an der Aufwärtsbewegung nehmen; ihre Umsatzerhöhung betrug 46 Proz., während die „Hoffnung“ mit 43,6 Proz. Steigerung auswartet. Die Sparkasse der KGB. erhöhte ihren Einlagenbestand auf 15.067.019,03 M.; die Zunahme der von den Mitgliedern der Sparkasse anvertrauten Gelder bemittelt sich im April auf 465.645,64 M.

Unternehmerpropaganda für das Chapman-Projekt. In der Generalversammlung der Allgemeinen Häuser-Aktiengesellschaft von 1872 gab der Generaldirektor Adolf Sommerfeld ein Bild der Lage des Baugewerbes, wie es sich nach seiner Ansicht gestaltet hat. Er sprach sich vor allem für Großbaustellen aus, weil durch sie die modernsten Grundzüge und die vielfach besprochene aber leider nicht angewandte Rationalisierung des Bauwesens erst möglich sei. Weltweit nicht genügendes Kapital wie vor dem Kriege zur Finanzierung von Bauten zur Verfügung haben, deswegen sei es sehr erwünscht, wenn sich auch ausländisches Kapital am deutschen Bauplatz beteilige und in diesem Zusammenhang sei das Chapman-Projekt nur zu begrüßen. Es müßte der Kapitalertrag, der ins Ausland gehe, so niedrig wie möglich gehalten werden. Sommerfeld sieht das Ideal nicht in Mietwohnungen, sondern in Errichtung von Eigenheimen, die auch dem Mittelstand und der Arbeiterschaft es ermöglichen zu einem Preise zu wohnen, der nicht höher sei, als die Miete entsprechender Groß-Berliner Mietwohnungen. Allerdings empfiehlt Herr Sommerfeld dabei auch seine eigenen Grundstücke. Das von der Gesellschaft kontrollierte Gelände im Südwesten bietet für 5000 Eigenheime Platz. Die Bilanz schließt bei einem Aktienkapital von 3.125.000 M. mit einem Reingewinn von 303.759 M., aus dem eine Dividende von 7 Proz. zur Verteilung gelangt.

Die Bank des Reichslandbundes, die Bank für Landwirtschaft A.-G., legte ihrer Generalversammlung für 1926 einen Abschluß vor, der mit einem Gewinn von 328.492 Mark abschließt. Hieraus wird eine vierprozentige Dividende verteilt. Der Abschluß ist wesentlich günstiger als der des Vorjahres. Befriedigend mußte im Vorjahre eine Sanierung der Bank durch Aktienzusammensetzung stattfinden. Zu dem Abschluß hielt der Aufsichtsratsvorsitzende, der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Ralzeuth, die gebotene Agitationsrede. Das günstigere Ergebnis dieses Jahres sei kein Zeichen für die Besserung der Lage der Landwirtschaft. Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft sei erheblich gewachsen, obwohl es gelungen sei, zwei Milliarden kurzfristiger Schulden in langfristige umzuwandeln. Die Rentabilität der Landwirtschaft, welche die Grundlage für die Intensivierung sein müsse, sei noch nicht erreicht. Man könne für die Zukunft keine günstige Prognose stellen. Notwendig sei, daß der Landwirtschaft auf handelspolitischem Gebiete mehr Entgegenkommen gezeigt werde, und die Landwirtschaft müsse den 100prozentigen Zollschutz der Vorkriegszeit oder mindestens eine Festlegung nach dieser Richtung für die zukünftigen Handelsverträge verlangen. Gelingt dies unter Wahrung der Interessen des Binnenmarktes (H), so könne man an eine Besserung in der Landwirtschaft glauben. Zur Bilanz führte die Verwaltung aus, daß erhebliche industrielle Beteiligungen abgeschlossen wurden. Von den verbleibenden Unternehmungen rentierte sich das Seinfalzbergwerk, dagegen bringen die anderen industriellen Unternehmungen keine Gewinne, weil ein Teil der Anlagen, insbesondere Superphosphatfabriken, still liegen. Die Möglichkeiten für neue Verluste sind also noch nicht erschöpft.

Rekordgewinne auch im obereschleischen Bergbau. Daß die durch den englischen Streik erzielten Konjunkturgewinne des obereschleischen Kohlenbergbaues nicht hinter denen der großen Jachenunternehmern an der Ruhr zurückstehen, zeigt der Jahresabschluß der Schlesischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. zu Weiden. Die Gesellschaft konnte nicht nur ihre aus dem Jahre 1925 übernommene Halbenbestände, sondern auch die um 30 Proz. erhöhte Förderung glatt absetzen und dazu ihre Vorräte an Rohzink und Zinkblechen ermäßigen, obwohl die Produktion der Zinkwalzwerke die von 1925 um fast 60 Proz. überstieg. Dementsprechend weist auch die kürzlich veröffentlichte Bilanz für 1926 ganz erhebliche Reingewinne auf. Der Rohgewinn ist von 3,1 auf 4,4 Millionen gestiegen und der Reingewinn von 2,9 Millionen Mark, aus dem auf die 16,6 Millionen Aktienkapital die sehr hohe Dividende von 12 Proz. gezahlt wird, weist eine Steigerung um mehr als 50 Proz. auf. In den laufenden Monaten sind die Schulden zwar von 1,6 auf 2,3 Millionen Mark gestiegen, jedoch verschwindet diese Erhöhung gegenüber dem Anwachsen der Guthaben, die von 2,1 auf 5,2 Millionen weit mehr als verdoppelt wurden. Abgesehen von der Stärkung des Referendums um 0,7 Millionen sind allem Anschein nach die Konjunkturgewinne voll den Aktionären zugeflossen. Von den Belegschaften, ihrer Leistung und dem Beschäftigungsgrad wird kein Wort erwähnt. Die obereschleische Bergarbeiterschaft hat bekanntlich sehr schlechte Arbeitsbedingungen. Sie hat allen Grund, die Konjunkturgewinne ihrer „Brotherren“ zu prüfen und mehr als je an ihre Gegenrechnung zu denken.

Neue Einheitspreisgeschäfte in Berlin. Unter der Firma „Erema“ befindet sich in Berlin eine neue Einheitspreisfirma in Bildung, die zunächst 20 Geschäfte errichten will. Laut „Konfektionär“ sind bereits am Kottbuser Damm und in der Lonsberger Straße zwei Läden eröffnet. Weitere sollen in den verschiedensten Stadtteilen bereits in nächster Zeit folgen.

Zuban-München legt A.-G. Die Umgründung der bisherigen G. Zuban Zigarettenfabrik Kammanbige-Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft ist jetzt erfolgt. Das Kapital der neuen Gesellschaft beträgt 4 Millionen Mark; der deutsche Einfluß ist nach jeder Richtung hin voll gewährleistet. Die Aktien wurden von der Dresdner Bank, bayerischen Interessenten sowie einer Rohstofflieferanten-gruppe übernommen.

Stabilisierung des Zlots. Das polnische Finanzministerium bereitet ein Gesetz zur Stabilisierung des Zlots vor. Die Stabilisierung des Zlots soll auf der Basis von 9 Zloty für 1 Dollar (also etwa ein gegenwärtigen Kursstand) erfolgen. Sie stellt eine der Vorbedingungen für die amerikanischen Anleihe dar.

Diskontermäßigung in Polen. Die Bank von Polen hat beschlossen, den Diskontsatz von 8 1/2 Proz. auf 8 Proz. zu ermäßigen, mäßigen.

Der Unfug des Gefrierfleischzolls.

Ein sachverständiges Urteil.

Nach dem neuen Plan des Ernährungsministers soll künstlich das Gefrierfleisch mit einem hohen Zoll belastet werden — wie verlautet, denkt man an einen Zoll von 15 Pf. pro Kilogramm. Heute ist die Einfuhr von Gefrierfleisch kontingentiert (ihre Höchstmaß ist festgesetzt) und diese Einfuhr wird zollfrei herein gelassen; über das Kontingent hinausgehende Mengen werden aber mit einem derart hohen Zoll belastet (45 Pf. pro Kilogramm), daß eine Mehrerfuh unmöglich ist.

Der deutsch-nationale Ernährungsminister möchte mit dem Gefrierfleischzoll den deutschen Landwirten einen Liebesdienst erweisen. Wie sieht es aber um die Interessen des deutschen Viehzüchters? In der Zeitschrift des preussischen Statistischen Landesamts kommt Dr. Henke, Verfasser einer außerordentlich lehrreichen Arbeit: „Untersuchungen zur Frage der Gefrierfleischverlängerung“ zu folgendem Schluß: „Die Erleichterung der Gefrierfleischverlängerung bedeutet keinen Vorteil für die Landwirte. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung kann nicht frisches Fleisch kaufen. Für diese Schichten lautet die Frage nicht: Gefrierfleisch oder Frischfleisch, sondern Gefrierfleisch oder gar keine Fleischnahrung! Es ist dabei zu beachten, daß die einheimische Fleischherzeugung die Vorkriegeshöhe noch nicht erreicht. Der Anteil des Gefrierfleisches an der deutschen Fleischversorgung ist außerordentlich niedrig, er beträgt nicht mehr als etwa 4,2 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland entfielen 1925 47 Kilogramm frisches Fleisch gegenüber 1,65 bis 1,98 Kilogramm Gefrierfleisch, im Jahre 1926 etwa 2 Kilogramm,

in England, dem Hauptverbraucher von Gefrierfleisch, dagegen 9,7 Kilogramm, in Belgien 12,9, in Holland, das selbst eine große Viehzucht hat, 3,2, in Italien 2,4 Kilogramm.

Das Gefrierfleisch ist das Nahrungsmittel der minderbemittelten Bevölkerung, sein Verbrauch ist auf Gebieten mit großer Arbeitslosigkeit besonders verbreitet. In Berlin entfällt etwa ein Viertel des Fleischverbrauchs auf Gefrierfleisch, in Gelsenkirchen 68 1/2 Proz., Kachen 64 Proz., Essen 54 Proz., Bochum 50,7 Proz. Wenn an manchen Stellen trotz schlechter Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit wenig Gefrierfleisch verbraucht wird, so ist dies aus der Abneigung der Bevölkerung zu erklären, die nach aus der Zeit kurz nach Beendigung des Krieges herrührt, wo aus alten Beständen der feindlichen Heere schlechtes Gefrierfleisch eingeführt wurde. Heute ist nach Dr. Henke das eingeführte Gefrierfleisch qualitativ mindestens so gut wie das einheimische Frischfleisch, da sich nur gut gemästete Tiere für das Gefrierverfahren eignen. Doch wird in allen Teilen des Landes über die zu geringe Belieferung mit Gefrierfleisch geklagt. Auf Grund des gegenwärtigen Systems darf nur eine Menge von 120.000 Tonnen im Jahre zollfrei eingeführt werden. Früher betrug das Kontingent nur 102.000 Tonnen. Der tatsächliche Verbrauch stand aber im wachsenden Mißverhältnis zum Kontingent. Das Kontingent für das dritte Quartal 1925 war schon Mitte Mai gänzlich aufgebraucht. Bereits im ersten Quartal des neuen Kontingents von 120.000 Tonnen wäre eine Mindesteinfuhr von 140.000 Tonnen nötig gewesen, um den dringenden Bedarf zu befriedigen.

Statt nun die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch im Verhältnis zu dem stets wachsenden Bedarf zu erweitern, soll künstlich nach dem Plane der Bürgerbüroregierung das eingeführte Gefrierfleisch mit einem hohen Zoll belegt werden. Der Zoll

Der Polizeischutz gegen die Kunst.

Rechtsblock gegen jede Verbesserung des Lustbarkeitsgesetzes.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags beschwerte sich vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) über einen neuen Rechtsbruch des „jüdisch-marxistischen Polizeiterrors“, weil nationalsozialistischen Abgeordneten Versammlungen verboten werden, und beantragt Herbeirufung des Innenministers.

Präsident Löbe: Der Abg. Fried hat wohl nicht gesehen, daß der Reichsinnenminister schon auf seinem Platze sitzt. (Schallende Heiterkeit.) Er scheint aber nicht zu der Besondere Stellung nehmen zu wollen.

Die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten wird fortgesetzt.

Abg. Brodau (Dem.) nennt den Entwurf ein reines Polizeigesetz, das eines Kulturgesetzes unwürdig sei. Aus den 21 Sitzungen des Ausschusses ist er sogar noch verschärft herausgekommen. Unter der Maske des Jugendschutzes öffnet dieses Gesetz der Polizei willkürlich gegen die Geistesfreiheit in den Ländern Tür und Tor. Arbeitsschutzbestimmungen für Jugendliche gehören überhaupt nicht in das Gesetz. Die Strafbestimmungen sind viel zu rigoros. Gegen Verbote gibt es nicht einmal das Recht des Einspruchs.

Abg. Trohmann (Bayr. Sp.) behauptet, daß die Verschärfung des Gesetzes im Ausschuss auf die Demokraten zurückzuführen sei. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Dieser Entwurf sei nur ein Ausführungsgezet, das in der Weimarer Verfassung ausdrücklich vorgesehen ist. Die Praxis werde ergeben, daß nur solche Veranstaltungen getroffen werden, die wirklich einen anstößigen Charakter haben.

Abg. Seydewitz (Soz.):

Eine nochmalige Beratung der Vorlage im Ausschuss ist notwendig, da die Ausführungen der Redner der Regierungsparteien gezeigt haben, daß selbst in deren Lager noch keine Klarheit über das Gesetz und seine Ausführung besteht. Bisher hat die Regierung noch nicht einmal eine Antwort auf die Frage des Abg. Kuntel gegeben, ob eine Besondere Stelle eingerichtet werden soll. Aus dem Wortlaut des Gesetzes und den Verhandlungen ergibt sich, daß die

Entscheidung bei der Polizei

liegt und die Jugendämter nur gehört werden sollen. Wenn die Jugendämter die Entscheidung haben sollen, so muß das Haus dem Antrag zustimmen, der eine solche Bestimmung in die Vorlage einfügen will. Praktisch wird das Gesetz eine

Vorsensur für die Theater

bringen und zur Unterdrückung der jüngsten deutschen Dichtung führen. Warum gestaltet man dieses Gesetz nicht wenigstens so aus, wie die Jugendverbände in ihrer Eingabe vorge schlagen haben? Positive Maßnahmen fordern die Jugendverbände zum Schutze der Jugend, also das Gleiche, was auch wir wollen und wozu Sie (nach rechts) kein Geld haben! Im Ausschuss hat Herr Kuntel als Vertreter der Deutschen Volkspartei nach dem gedruckten Bericht gesagt, daß ihm das ganze Gesetz un sympathisch sei, weil es zu Schikanen führen werde. (Hört! hört!) Weil wir die Jugend vor diesen Schikanen schützen wollen, darum lehnen wir das Gesetz ab. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

In der Einzelaussprache erklärt zu § 1

Frau Abg. Wurm (Soz.),

daß die Stelle in der Begründung, die Jugend sei heute mehr verwahrloßt als vor dem Kriege, auf die Arbeiterjugend nicht zutreffe. Die Rednerin begründet einen Antrag der Sozialdemokratie, wonach die Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt werden solle und Theater- und Lichtbildvorstellungen, künstlerische und wissenschaftliche Vorträge, Kunstausstellungen, Kunstschulen und Veranstaltungen an und von Kunstinstituten, sowie jugendpflegerische und volksbildnerische Darbietungen nicht unter dieses fallen sollen.

Schon allein die Unüberlässigkeit darüber, was für die Jugend und was schädlich ist, spricht gegen dieses Gesetz. Viel besser wäre es gewesen, die Neuordnung der Gewerbeordnung durchzuführen und die schon längst versprochene Kinderschutznovelle vorzulegen. Wer schützt die Unternehmer von künstlerischen Veranstaltungen, wenn gegen sie plötzlich Verbote erlassen werden? Wer das Gesetz im einzelnen untersucht, der muß es als

reine Pfluscharbeit

bezeichnen, die nicht vor den Reichstag gebracht werden durfte. Wir wollen den Polizeiorganen nicht die Entscheidung darüber überlassen, was der Jugend nützt oder was ihr schädlich ist. Können nicht auch mit der Begründung, daß es der Jugend schade, Vorträge über Marx verboten werden. (Zuruf rechts: Ein Vortrag über den Reichskanzler Marx wird nicht verboten werden! Heiterkeit.) Ich meine Karl Marx und glaube allerdings, daß ein Vortrag über diesen Mann für die Jugend von größerem Wert ist, als über den Reichskanzler Marx. Wir wollen Schutz der Jugend, Schutz der Kinder vor körperlicher Ausbildung verbunden mit dem Schutz vor sittlichen Gefahren, aber wir lehnen diese Polizeigesetzgebung gegen die Jugend, gegen die geistige Freiheit ab! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Hofmann-Pudwigshafen (Z.) erklärt, daß die wissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen nicht unter dieses Gesetz fallen. Es scheint, als ob einige Redner die Vorlage nicht eingehend genug studiert hätten. Es sei ein Fortschritt, daß die Erziehungsberechtigten an dem Schutze der Jugend vor anstößigen und wertlosen Darbietungen beteiligt werden.

Abg. Rosenbaum (Komm.) begründet einige Abänderungsanträge und ertört zum Schluß, daß der Jugendschutz der Regierungsparteien Heuchelei sei.

Abg. Brodau (Dem.) beantragt die Einfügung eines Absatzes, wonach Schaustellungen und Darbietungen, bei denen ein ernsthaftes Interesse der Kunst, Wissenschaft, Jugendpflege oder Volksbildung vorliegt, nicht unter dieses Gesetz fallen.

Abg. Kuntel (D. Sp.) behält sich vor, für die dritte Beratung eigene Abänderungsanträge zu stellen.

Mehrheitsmaschine gegen Verbesserungsanträge.

Die von den Sozialdemokraten beantragte Streichung des zweiten Absatzes des § 1 wird abgelehnt. Die Abstimmung über den ersten Abschnitt des § 1 ist namentlich. Sie ergibt die Annahme mit 21 gegen 157 Stimmen bei drei Enthaltungen. Auch die Abstimmung über den von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, wonach Theaterveranstaltungen, künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen nicht unter dieses Gesetz fallen sollen, ist auf sozialdemokratischen Antrag namentlich. Der Antrag wird mit 210

gegen 153 Stimmen abgelehnt. Auch die anderen Anträge werden abgelehnt, der § 1 wird in der Ausschussfassung angenommen.

Die Einzelaussprache wird dann bei § 2 und § 3 fortgesetzt.

Abg. Biester (Soz.) begründet einen Antrag, wonach bei dem Jugendamt in dessen Bezirk die Veranstaltung oder Lichtspielaufnahme stattfindet, vor Erlass der Anordnung die Zustimmung einzuholen sei. Das Jugendamt kann den Erlass einer Anordnung beantragen. Es ist zu befürchten, daß die größte Rechtsunsicherheit eintritt, wenn die Regelung des Verfahrens wie § 3 es will, den Ländern überlassen wird. Die Kulturverbände haben gerade wegen dieser Befürchtung Einspruch gegen das Gesetz erhoben. Die Sozialdemokratie wird deshalb beantragen, daß einheitliche Ausführungsbestimmungen geschaffen werden. Im Ausschuss war es bereits gelungen, die Anhörung der Jugendämter durchzuführen. Dann aber gelang es der Rechten, deren böser Geist Herr Kuntel ist, eine Bestimmung einzuführen, wonach von der Anhörung abgesehen werden könne, wenn „Gefahr im Verzuge“ sei. Die Sozialdemokratie verlangt, daß unter allen Umständen die Jugendämter ihre Zustimmung zu den Anordnungen geben müssen. Die Rechten dieses Gesetzes wollen das nicht, weil sie die Objektivität der Jugendämter, die sich aus Vertretern aller Richtungen in der Fürsorge zusammenschließen, fürchten. Nur wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, ist das Gesetz noch zu ertragen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Um 6 Uhr verlegt sich das Haus auf Sonnabend mittig 12 Uhr: Vorübergehende Aufhebung der Einfuhrsperre, Jugendschutzgesetz, Gesetzentwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.

Für Besserstellung der unteren Beamten

Beamtendebatte im Landtag. — Der Etat des Ministerpräsidenten angenommen. Ein Sozialministerium beschloffen!

In der am Freitag nachmittag fortgesetzten Aussprache über den Etat des Finanzministeriums erklärte sich Abg. Roth (Dnat.) mit dem Finanzminister in vielen Punkten einverstanden. Es sei überflüssig, dort Reichsstellen zu schaffen, wo preussische Behörden bereits vorhanden sind. Der Einheitsstaat dürfe nicht durch die Finanzpolitik gemacht werden.

Abg. Grebe (Z.) tritt für die steuerliche Selbständigkeit der Einzelstaaten ein. Auch eine zentrale Verwaltung brauche nicht immer sparsam zu wirtschaften.

Abg. Meyer-Hertford (D. Sp.) hält eine großzügige Reform der Befoldungsordnung noch in diesem Jahre für notwendig und trägt dann eine Reihe von Einzelwünschen vor.

Hierauf lehnte das Haus die Besprechung aus, um die Abstimmungen über die zum Etat für Handel und Gewerbe gestellten Anträge vorzunehmen. Angenommen wurden u. a. die Anträge, die Mittel für die Berufsschulen um etwa 10 Millionen Mark zu erhöhen und die Lehrer an den Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf finanziell aufzubessern. Die Zahl der mittleren Gewerbeaufsichtsbeamten wurde um 6 weitere Beamte erhöht. Angenommen wurde außerdem eine Reihe von Anträgen, die der Belegung der Wirtschaft und der Einschränkung der Arbeitslosigkeit dienen sollen.

Die Abstimmung über den Etat des Staatsministeriums ergab die Bewilligung des Gehalts des Ministerpräsidenten in namentlicher Abstimmung mit 199 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums gegen 139 Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Kommunisten. Das Abstimmungsergebnis wurde mit großem Beifall der Regierungsparteien begrüßt.

Der Antrag, ein neues Ministerium für soziale Angelegenheiten zu schaffen, wird im Hammersprung mit 168 gegen 147 Stimmen angenommen.

Einstimmige Annahme fand der Antrag, beim Reiche auf eine andere Verteilung des Grenzbezugs zugunsten Preußens einzuwirken.

In der fortgesetzten Debatte über den Etat des Finanzministeriums erhält das Wort Abg. Kasper (Komm.), der sich unter heftigen Ausfällen, namentlich gegen die Sozialdemokraten, für die Besserstellung der unteren Beamten einsetzt. Der Hinweis auf die bevorstehende Befoldungsordnung sei eine bewusste Irreführung der Beamten.

Abg. Goll (Dem.) erklärt, daß die Beamtenbefoldung keine Sache wüster Parteitagitation sein dürfe.

Abg. Colosser (Sp.) protestiert gegen die Bevorzugung Bayerns, die zum Schaden von Preußen, Sachsen und Thüringen war. Der Antrag der Volkspartei zur Befoldungsreform sei

eine schöne Phrase. Borerst müßten einmal die Mittel dazu beschafft werden.

Abg. Dr. v. Brechmet (Völk.) verwahrt sich dagegen, daß man Beamte mit freien Gewerbetreibenden in Parallele zu stellen suche. Der Unfug mit nichtbeamteten Hilfskräften müsse aufhören.

Abg. Simon (Soz.):

Die Vorwürfe, die gegen die Sozialdemokratische Partei von den Kommunisten erhoben werden, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Breuchen ist es, das in der Frage der Befoldungsreform in den Verhandlungen mit dem Reiche vorwärtsstrebt.

Die Notlage der Beamenschaft ist groß.

Wir fordern deshalb bei der bevorstehenden Neuordnung der Befoldungsordnung, vor allem bei den unteren Befoldungsgruppen, die Beseitigung aller Härten, die notwendigerweise zu den bisherigen Angleichungsmaßnahmen geführt haben. Über gleichzeitig wird darauf hinzuwirken sein, daß die bisherigen Befoldungsgruppen I und II grundfänglich verschwinden, und daß die Gruppe III als bestmögliche Befoldungsgruppe in der neuen Befoldungsreform so zu gestalten ist, daß sie unter Zugrundelegung des Lebenshaltungsindezes eine ausreichende Lebensmöglichkeit für die betreffende Beamtengruppe sichert. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Müller-Königsberg (Dnat.) setzt sich ebenfalls für die Beamtenwünsche ein. Das Recht positiver Meinungsäußerung dürfe den Beamten nach der Reichsverfassung nicht verwehrt werden.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.) weist darauf hin, daß die Demokraten keine Anträge für die Beamten gestellt haben. Sie hätten ihnen damit zweifellos einen besseren Dienst geleistet, als andere Parteien, die die neue Befoldungsordnung schon vorwegnehmen.

Damit schließt die Aussprache. Die Einzelaussprache und Abstimmungen über den Etat sollen in der Abend Sitzung stattfinden.

Obstruktionsversuch der Deutschnationalen.

In der Freitagabendssitzung des Landtags wurde der Etat des Finanzministeriums in zweiter Lesung nach der Einzelaussprache und der Abstimmung über die angeforderten Etatstiel und die dazu gestellten Anträge bewilligt. Angenommen wurde u. a. der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer ausführlichen Denkschrift über die Neugestaltung der staatlichen Bauverwaltung.

Es folgt die Abstimmung der rückständigen Titel einer ganzen Reihe von Gesetzen. Hierbei versuchten die Deutschnationalen durch namentliche Abstimmung über ihren Antrag auf Staatsbeihilfe von 500 000 M. für den bauerlichen Fortbetrieb beim Landwirtschaftsstat das Haus durch ihre Stimmhaltung ohne Erfolg beschlußunfähig zu machen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Erledigung der Etatstiel erfolgte ohne Debatte.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, Feststellung des Gesamthaushaltsplans.

Dieses Garantiebänd

bürgt für die neue leichte Mischung unserer

GOLD-SABA

48

nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, mit köstlichem Aroma, bekömmlicher Qualität und glatttem weißen Brand.

GARBÁTY



Lied der Bettler.

Unser Hunger nach Licht
ist nicht verdorben.
Ihr habt eine Pflicht
von den Vätern erworben.

Wenn Brüder sich trennen,
arm und reich,
vor Vätern bekennen
sie sich als gleich.

Unsere Väter vorzeiten
haben das Licht gesehn —
Sollen wir nun mit Händebreiten
am Tore stehn?

Denkt eurer Kinder! Die Wage spielt...
Zügelst zitter Begier!
Wenn ihr in euren Kindern stelt,
singt ihr am Tore wie wir!

Paul Erich Meyer.

Gaino.

Von Max Dortu.

Lesen Sie mich kurz diese Erinnerung sagen: Gaino! Gaino, das hohe Gebirgsdorf überm blauen Gardasee. Drunten liegt Toscolano, das reiche und betriebsame große Dorf — mit seinen Papierfabriken, mit seiner pfeifenden Trambahn, mit seiner weißstaubigen Landstraße, mit all seinem unnützen Lärm, mit seinem Streit und mit seiner Habgier. Aber draben am Fuße des Monte Mariello liegt das friedliche Gebirgsdorf Gaino. Seine Bewohner sind Weinbauern und Olivenbauern, im Monat Mai züchten sie auf dem grünen frischen Laube des Maulbeerbaumes den weißen Seidenwurm, das raucht dann in den lichtgebümpften Zimmern, wo die hunderttausend Würmer Tag und Nacht am gepflückten Maulbeerblatte nagen und nagen, das raucht wie Regen aufs Dach.

Gaino ist ein braunes Dorf, die Häuser sind ohne Verputz, statt Scheiben steht in den Fenstern oft Papier, gelbes Delpapier. Und auch die Bewohner von Gaino sind gelb, im Antlitz, von der tiefen Poletia her, die neben Bohnen ihre Hauptnahrung bildet. Dann der Wein, dunkel zu trinken, rot wie Ochsenblut.

Das Einzigartige von Gaino aber ist seine Kirche. Die liegt etwas abseits vom Dorfe, auf einem Bergvorsprung, schneeweiß getüncht, von schwarzen hohen Zapfenkerzen in der Runde umfunden. In der Kirche drinnen steht ein rotes Feuer, das Feuer des heiligen Florian, und unfruchtbare Frauen kommen hierher bitten: O, feuriger Heiliger, segne du uns!

Ist das so einzigartig? Nein, das nicht. Aber einzig schön ist der Blick von der Kirche Gaino, Drunten der tiefblaue See, hier süßlich am Seeufer die bunten Kurorte der „Riviera“. Und drüben, an der anderen Seite des Beutensees, da steigt das langgestreckte Gebirgsmassiv des Monte Baldo, gekrönt mit der Silberkrone glühenden Schnees.

Dieser Blick von Monte Gaino gehört zum schönsten, was es an Augenfreude auf der weiten herrlichen Welt gibt.

Er, wo will ich denn eigentlich mit dieser Geschichte hin? Ich will hin in ein kleines Wirtshaus, hin in ein Wirtshaus zu Gaino. Drinnen wohnt ein junger deutscher Maler, blond wie Siegfried, Auge wie Bergheimnisch, um den Mund her den Schnitt einer stolzen Kühnheit. Und dieser Maler war mein Freund, erst hatte er drunten in Maderno gewohnt, im Gasthause meines Vaters, ich selber hätte ihn hier nach Gaino heraufgeführt, denn er wollte billig leben, er war sehr arm, und aus seiner Armut heros war er Vegetarianer. Aber Wein trank er gerne, weil der billig war, ein Liter kostete 20 Centesimi.

Zu diesem jungen Maler fühlte sich mein Knabenherz verwandt. Ich liebte seine Bilder, ich liebte die Seele des Malers, er war mir wie eine Brücke, stand ich auf der, dann sah ich alles Schöne, Gute und Edle: für was das Herz eines 15jährigen Knaben sich immer begeistern kann.

Ra, und dann? Aller echte Fleiß lohnt sich. Der junge Maler wurde berühmt, seine Bilder überraschten die Kunstkenner: Vielleicht ein neues malendes Genie? Ich weiß nicht, ob er ein Genie war, ich weiß nicht, ob er was Besonderes konnte — ich hatte kein Urteil darüber, aber ich weinte, als er Gaino verließ und mich zum Abschied im Seedorf Maderno besuchte. Ich verlor in ihm ein Stück Glück.

Die Zeit sprang zehnmal oder fünfzehmalmal durch den feurigen Jahresreifen. Ich selbst ward ein Lump, ein Stromer, ein Bogabund, ein Luchthut, einer, der sich nirgends binden konnte und der sich nirgends halten lassen wollte.

Ich stromerte durch die Welt. Auf meiner Bogabondage kam ich nach Dresden. Dort schaute ich ins Adressbuch, ich suchte die Adressen fremder Konsulate, ich wollte schnorren gehn: lügen und betrügen, um zu essen! Ich lag gerne, denn mein Lügen machte mich frei, ich war ein Bogabund: die ganze Welt gehörte mir, und das war alle Lüge wert!

Das Adressbuch zu Dresden. Teufel, da finde ich den Namen meines einstigen Freundes von Gaino: Der Maler, der Maler, er ist ein großes Tier geworden, Professor an der Kunstakademie zu Dresden. Ich hin in seine Wohnung, abends, als es dunkelte, daß er den Verfall meiner Kleider nicht so leicht sähe.

Herr Professor... Das Messingschüß, ich klinge, ein freundliches Mädchen kommt, eine Bedienerin — die führt mich in einen Salon, ich stehe auf Teppichen, grün brennt Gaslicht, mein Herz klopft — hier kommt er, mein Freund, der Maler von Gaino — jetzt Professor. Aber war er das? Jener dicke Mann mit dem aufgedunnenen Gesicht, mit den Augen wie Schweinsaugen, steif der blonden Haare ein bleicher Halbmond am Schädel? Ja, er war es doch. Er frag: Gewiß, Gaino, ich erinnere, aber was wollen Sie von mir? Ich: Freundschaft! Er ging zur Tür, sein Auge ward schleimig — er schaute auf meine zerrissenen Schuhe — er ging schnell zur Tür hinaus. Es ließ Eis über mein Herz. Der da, der war nicht der Maler von Gaino, er war ein anderer geworden — er war ein Garnichts — trotz des Titels Professor.

Kam das freundliche Mädchen, die Bedienerin, sie lächelte verschämt, ihr Auge war sanft wie ein Stern über der Pfingstnacht — sie drückte mir ein Markstück in die Hand, das war alles! Ich hatte ein Herz gesucht — und ich bekam Geld.

Abends. Die wilde Penne. Ich zahlte 30 Pfennige Schlafgeld. Das andere Geld von der Part verlor ich in Schnaps. Warum? Ich mußte etwas in mir töten, verbrennen — was denn? Jörn, Rachegefühl, Unglaube an die Menschen. Ich ward besoffen, der Wirt warf mich aus der Penne hinaus, die Polizei kam — es ging ins Kitzchen — ich schlief dort meinen Rausch aus — am nächsten Mittag war ich wieder frei. Fort von Dresden! Ich stehe auf der Elbebrücke, ich spucke in die Elbe hinein — wem galt das? Die Elbe ward rot von Blut. Ich haßte alle Menschen.

Abends schlief ich im Chausseegraben, da fand ich mein Besseres in mir wieder, droben am nächtlichen Zenit stand ein heller Stern, der war das Auge der Bedienerin vom „berühmten“ Herrn Professor. Durch dieses sanfte Sternen- und Mädchenauge liebte ich wieder die Menschen. Ich nahm tags darauf Arbeit in einer Ziegelei, da schafften wir von früh vier bis abends achte. Afford! Nach zwei Monaten hatte ich eine handvoll Geld — ich ging zum Bahnhof: Bitte, eine Fahrkarte letzter Klasse bis nach Madrid. Mich zieht es nach Süden — das schöne Spanien! Bogabunden haben unruhiges Blut.

Panik im Reichskabinett.



„Hilfe, die Preußen kommen!“

Thomas Gainsborough.

Von Hermann Hieber.

Unter den „Großen Engländern“ ist er sicher der englischste. Während sein Rivale Sir Joshua Reynolds in Frankreich und Italien studiert hat, ist Gainsborough niemals von seiner englischen Insel gekommen. Vor zweihundert Jahren, 1727 ist er am 14. Mai in einem kleinen Nest in Südenland, in Sudbury, geboren, kam als Knabe nach London, lernte bei einem Kupferstecher und auf der alten Akademie und wurde in Ipswich und Bath Porträtmaler. Erst 1774 ließ er sich in der Hauptstadt dauernd nieder und ist 14 Jahre später, nicht zu alt und nicht zu jung, dort gestorben. Ein eintöniges und uninteressantes Leben wie das der meisten englischen Künstler und Schriftsteller im 18. Jahrhundert. Und bürgerlich temperiert wie das Leben war auch seine Kunst. Am besten paßte er nach Bath. Hier, im vornehmsten Badeort des Königreichs, kam alles zusammen, was Geld und Geltung hatte. Wer den aristokratischen Großgrundbesitzern und den Rabobs des Großhandels zu schmeicheln verstand, konnte sich mit Porträtmalerei ein Vermögen machen. Gainsborough hat sich darauf verstanden. Er war der gefachteste Porträtmaler in England. Natürlich Mitglied der königlichen Akademie: das war die beste Empfehlung in den Kreisen, die etwas auf sich hielten.

Aber bei ihm ein Bildnis bestellte, durfte sicher sein, daß er gut wegkam. Dieser Maler blamierte seine Auftraggeber nicht, wie der bössartige Spanier Francisco Goya die ganze gottesgnadenhafte Königsfamilie, oder wie hundert Jahre zuvor gelegentlich einmal der Holländer Rembrandt seine ehrbaren Kaufherren, dem deswegen die Aufträge entzogen wurden — weshalb der in Konkurs geriet und in tiefer Armut gestorben ist. So etwas konnte weder Gainsborough, noch Reynolds, noch Romney oder Raeburn passieren. Man hatte bessere Vorbilder: Anton van Dyck, den Rubensschüler, Hofmaler Karls I. Der hatte der Welt gezeigt, was aristokratische Klasse ist. Alle Menschen hatten bei ihm schmale, blaße Gesicht und Frauenhände. Alle waren sie hochgezüchtet wie Windhunde. Nur keine Sonnenbräune und rote Backen: das ist plebejisch. Man lebt in seinem Palast hinter geschlossenen Fenstern und läßt den Samtportieren, ins Freie wagt man sich nur in der gleichfalls geschlossenen Karosse oder in der Sänfte.

Ganz so exklusiv wie die Gesellschaft am Hofe der Stuarts konnten die Engländer des 18. Jahrhunderts nicht bleiben. Das gepreuzte Bathos, das im übrigen Europa, mit der einzigen Ausnahme etwa Hollands, an den absolutistischen Höfen zur Schau getragen wurde, vertrat sich nicht so recht mit dem bürgerlichen Geist in England, mit dem Handelskapital, das den Grundstock des Nationalwohlstandes ausmachte. Es gab so auch kein ausgesprochenes Rokoko in England wie auf dem ganzen europäischen Kontinent. Zugleich wollte aber der reiche Bürger, der auf seinen Geldsäcken in den Adelsstand emporgetriebene — der Adel ist in England seit Jahrhunderten käuflich — sich deutlich und sichtbar vom Kleinbürgertum abheben. Also mußte der Maler einen Ausgleich suchen zwischen Natur und Pose. Er hat ihn, immer nach dem stämmischen Rezept des 17. Jahrhunderts, am meisten nach dem van Dyckischen, in technischer Beziehung auch bis zu einem gewissen Grade gefunden. Diese Akademiker konnten sich auf ihr Handwerk verlassen: Gainsborough ist sogar einmal übermäßig geworden und hat, um den Kollegen Reynolds zu widerlegen, der Blau als vorherrschende Farbe eines Gemäldes abgelehnt hatte, sein berühmtestes Bild gemalt, den „Blauen Knaben“. Und

dann immer wieder Familienbilder, das schönste, was sich ein bürgerliches Herz wünschen kann, das verlorperte Glück. Größer als seine Porträtmalerei ist das Verdienst, das sich Gainsborough um die Landschaftskunst erworben hat. Hier hat er, meist noch in Verbindung mit Bildnisfiguren, etwa mit dem „Jäger im Sturm“ oder dem „Hirtentuben im Regen“, auf die Landschaftsmalerei eines Constable im 19. Jahrhundert vorausgewiesen — freilich nicht ohne jenen bössartig sentimental Beigeschmack, der sich dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der deutschen Genremalerei ausstoben sollte.

Die Porträtmalerei eines Gainsborough verdient unbedingt den Vorzug vor der deutschen Malerei derselben Periode. Ein Anton Braff, ein Tischbein, eine Angelika Kaufmann, halten neben ihm nicht stand. Und trotzdem hat uns keine Malerei heute nicht mehr viel zu sagen. Es fehlt ihr das Beste: die Vollständigkeit. Schon für das England des 18. Jahrhunderts gilt, was der Staatsmann Disraeli hundert Jahre später für das viktorianische ausgeprochen hat: es zerfällt in zwei Nationen. Die „Großen Porträtmaler“, für die sich noch ein Meier-Gräfe begeistern konnte, gehören ausschließlich zu der einen, zu dem kleinen Häuflein der Wohlhabenden. Ihre Wurzel reichen nicht hinab in die viel größere und für die Gesamtkultur so viel wichtigere der Besitzlosen und Minderbemittelten. Deswegen kann man sie noch nicht einmal als „Nationalkünstler“ ansprechen. Weit eher ihre Antipoden, die es mit der großen Masse gehalten und die Auftraggeber eines Gainsborough mit aller Schärfe der Karikatur überwigt haben: die großen Satiriker, die man noch viel zu wenig kennt. William Hogarth nicht allein, der wenigstens im 18. Jahrhundert eine europäische Berühmtheit geworden ist, sondern noch viel mehr Rowlandson und Gillray. Es empfiehlt sich dringend, die „gute“ englische Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, wenn man sie nur aus den sanften, glatten Bildern Gainsboroughs kennt, auch einmal in diesem Spiegel zu betrachten.

Das größte Wörterbuch der Welt.

In diesem Jahre wird das größte lexicographische Unternehmen vollendet werden, das bisher überhaupt begonnen worden ist. Es ist dies der „Neue englische Dictionar“, dessen Anfänge bis ins Jahr 1857 zurückreichen. Das einzige Wörterbuch, das in der Größe der Anlage und in der Wissenschaftlichkeit der Ausarbeitung mit diesem sogenannten „Oxford Dictionar“ verglichen werden kann, ist das Deutsche Wörterbuch, das von den Brüdern Grimm unternommen wurde. Der großartige Plan Jakob Grimms dürfte auch die englischen Philologen, die den Gedanken eines ähnlichen Lexikons faßten, im wesentlichen beeinflusst haben. Aber das Deutsche Wörterbuch, das 1853 begonnen wurde, ist noch nicht vollendet und reicht bisher nur bis zum 13. Band, der mit der Silbe „Weg“ schließt. In dem durch so viele Widerstände gememmen und daher sehr langsamem „Rennen“ um die Vollendung einer Sammlung, die den ganzen Sprachschatz eines Volkes geschichtlich darstellt, haben uns also die Engländer geschlagen. Der Plan, mit dem 1857 die Schöpfung des englischen Wörterbuches begonnen wurde, bestand darin, die historische Entwicklung jedes englischen Wortes und die feinsten Nuancen seiner Bedeutung vollständig darzustellen. Dazu war es nötig, alle englischen Bücher vor dem Jahre 1600 und so viel wie möglich von der späteren Literatur zu lesen und lexicographisch zu verarbeiten. Die beiden Gelehrten, die zunächst die Leiter dieses großen Werkes wurden, waren die beiden hervorragenden Philologen Furnivall und Skeat. Wie feinerzeit Jakob Grimm, so wandten auch sie sich an die ganze englische Öffentlichkeit mit der Bitte, sich an der Lektüre zu beteiligen und ihnen Belege einzuschicken. In den Jahren 1860 bis 1870 wurden 2 Millionen solcher Velestrühe gesammelt und geordnet. Aber erst 1879 erhielt die Arbeit einen neuen Antrieb, als der eigentliche Schöpfer des Lexikons, Dr. Murray, die Leitung übernahm. Ein neuer Ausruf wurde erlassen, und wieder machte sich die angelsächsische Welt an die Arbeit. Besonders aus den Vereinigten Staaten kamen viele Beiträge, und im ganzen wurden 5 Millionen in Zettel eingeschickt. Die wichtigste Arbeit wurde natürlich von einem engeren Kreise von Fachgelehrten geleistet. Natürlich war es auch notwendig, sich die Mitarbeit von fremdsprachigen Gelehrten zu sichern, die die Redaktion der Worte übernahmen, die aus anderen Sprachen ins Englische aufgenommen worden sind. Die größte Hilfe für das Deutsche hat der bedeutende Leipziger Germanist Professor Eduard Sievers geleistet. Besonders schwierig gestalteten sich die Forschungen, die sich auf das erste Auftreten eines Wortes erstreckten. Der Geburtstag ist von nur sehr wenigen Worten genau festzustellen. So kann man z. B. den Geburtstag des Wortes „Bankrott“ auf den 17. November 1860 festlegen, an dem John Dillon dieses Wort prägte. Aber schon bei einem so jungen Wort, wie dem für das Spiel „Bridge“ ist nicht einmal die Jahreszahl sicher festzustellen: es muß um 1886 entstanden sein. Für jedes Wort in dem neuen englischen Dictionar werden Belegstellen seines Gebrauches aus jedem Jahrhundert angeführt. Das Wort „point“ z. B. umgibt allein über 21 eng gedruckte Spalten. Bei dem kleinen Wort „Put“ hat man 54 verschiedene Bedeutungen festgelegt, von denen jede wieder durch zahlreiche Belege erläutert wird. Für die schwierigsten Worte hält Murray die Partikel „of“ und „to“. Wenn das Wort, an dessen letztem Band jetzt gedruckt wird, vollendet vorliegt, dann wird es 400 000 verschiedene Worte enthalten, bei denen über 1 780 000 Belegstellen verwendet sind. Der umfangreichste Buchstabe ist das S mit 57 428 Worten, die 2408 große Quartseiten bedecken. Der Buchstabe mit dem geringsten Umfang, das T, umfaßt noch 286 Worte. Der Buchstabe C hat 29 295 Worte, und selbst das Z ist mit über 1000 Worten vertreten.

Auf der Flucht vor einem Eisberg. In einer amerikanischen Schiffszeitung erzählt ein Steuermann von einer furchtbaren Begegnung mit einem Eisberg, die sein Schiff auf einer Australienreise vor kurzer Zeit gehabt hatte. Es war in den Äquator und Salen sehr warm, da die Sonne mit einer für diese Jahreszeit starken Intensität das Schiff erhitze und ziemlich Windstille herrschte. Den kühlen Abend benutzte man dazu, um sich beim Tanz zu vergnügen. Zuerst sträubten sich einige der Herren gegen den vorgeschlagenen Tanz, eine junge Dame, die Tochter eines australischen Viehzüchters aber lachte die Herren aus und rief, indem sie sich in ihren Schal hüllte: „Weshalb wollen Sie nicht tanzen? Es ist ja gar nicht mehr warm, im Gegenteil, es ist eifig kalt.“ Sie holte tief Atem, der plötzlich auf dem erhellten Deck sichtbar war. „Richt wahr, Kapitän“, wandte sie sich an einen Schiffsoffizier, „Sie finden es auch kalt? Sie sind ja schon ganz bleich!“ In der Tat. Der Offizier war todbloß geworden, er benahm sich auch höchst sonderbar, denn er gab der jungen Dame keine Antwort, sondern stürzte hinaus in das Steuerhaus, stürzte hin zum „Auslet“, zum Fröhmast, zum Kapitän. Und plötzlich wurde es auf dem Schiff totenstill, während ein eifig kalter Hauch sich auf die Menschen legte, ein Hauch des Todes, des Grauens, des Entsetzens. Die Nacht, eben noch klar, war plötzlich in weiße Nebel gehüllt. Das Stampfen und Dröhnen des Schiffes wurde stärker, und im Augenblick änderte das Schiff den Kurs, ging rückwärts und immer weiter rückwärts. Nach wenigen qualvollen Viertelstunden löste sich der Druck; der Rauch machte einer wärmeren Temperatur Platz, und der Kapitän fallte die Hände wie zum Gebet und sagte: „Gottseiband, es ist vorüber.“ Die Passagiere ahnten nicht, daß sie der entsetzlichen Gefahr entgangen waren, — daß das furchtbarste Ungeheuer des Meeres, der Eisberg, an ihnen vorübergegangen war.

